Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 185. **Halle, Dienstag den 13. August 1918.** **2. Jahrgang.**

Rußlands Kriegserklärung an die Entente.

F. K. Das zaristische Rußland verkündete als erstes die allgemeine Mobilmachung und damit den Krieg; es stellte als erstes amtlich weitgehende Eroberungsziele auf: ohne Konstantinopel und Ostgalizien würde es niemals Frieden schließen; es lehnte als erstes den deutschen Friedensvorschlag vom Dezember 1916 ab und verkündete dröhnend den unerschütterlichen Willen, den Krieg fortzusetzen bis zur Niederzwingung Deutschlands.

Und heute?! Heute sind in Rußland die englischen und französischen Konsuln verhaftet, alle waffenfähigen Ententebürger interniert — der Kriegszustand zwischen der Entente und Rußland ist erklärt. Zwar hat auf Befragen der Außenminister der Sowjetrepublik Tschitscherin geantwortet, eine formelle Kriegserklärung sei noch nicht ergangen; aber es bestehe ein wirklicher Kriegszustand, so ungefähr wie nach dem Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland. Von da an ist es bekanntlich nur noch ein Schritt zur formellen juristischen Erklärung des Krieges.

Von Rußlands Kriegserklärung an die Entente ist bei uns weniger die Rede als von der Verlegung der deutschen Gesandtschaft von Moskau nach Pskow, wo jederzeit deutscher Waffenschutz zu erreichen ist. Der bessere Teil der Tapferkeit, den Herr Helfferich mit diesem Wohnungswechsel gewählt hat, ist wohlbegründet. Im Einvernehmen mit der Sowjetregierung hat die Reichsleitung Moskau nicht mehr für sicher genug gehalten, da man die Wechselfälle des Bürgerkrieges in Rußland unmöglich voraussehen kann. Die Ententegesandten halten sich bekanntlich bereits seit Monaten fern von Petersburg und Moskau in Wologda auf, von wo sie in jüngster Zeit an die Eismeerküste in den unmittelbaren Bereich britischer Schiffskanonen geflüchtet sind. Die häuslichen Auseinandersetzungen in Rußland sind augenscheinlich derart, daß jeder Landesfremde gut tut, sich aus der Schußlinie zu entfernen.

Man ist sich in Deutschland allgemein darüber vollkommen klar, daß die Bolschewiki-Regierung, die jetzt der Entente den Krieg erklärt, auf sehr unsicherer Grundlage ruht. Sie kann vielleicht schon in wenigen Tagen gestürzt sein, und wenn sie sich am Ruder hält, so ist ihre Macht doch räumlich und inhaltlich sehr beschränkt. Im russischen Chaos tut ja jeder Ort, was ihm beliebt. Das Land hat sich in ein paar Tausend selbständige Kommunen aufgelöst, und die verschiedenen Regierungen gleichen eher Bandenführern als wirklichen Inhabern einer festgegründeten Staatsgewalt.

Immerhin sollten wir unsere Nüchternheit und Objektivität, die sicherlich der Wahrheit näher kommt und vor Enttäuschungen besser bewahrt als rasch entflammte Hoffnungsseligkeit, nicht so weit treiben, daß wir bloß die uns ungünstigen Erscheinungen wie Helfferichs Rückzug und gar nicht das beachten, was uns zugute kommt, wie die Kriegserklärung des Sowjet-Rußlands an die Entente. Ist diese doch gerade für uns Sozialisten auch eine hohe moralische Genugtuung, da sie beweist, daß die schlimmsten imperialistischen Räuber die Staaten der Herren Clemenceau und Lloyd George sind.

Dieser Weltkrieg weist in Entstehung und Ablauf eine merkwürdige Aehnlichkeit mit dem Siebenjährigen Krieg Friedrich des Großen auf. Auch damals war Preußen von der Feindschaft und vom Haß der größten Weltmächte umdroht, und manchmal ging es ihm schlecht genug; selbst Friedrichs starker Geist dachte an Gift. Da erfolgte im sechsten Kriegsjahr plötzlich ein vollständiger Umschwung in Rußland, die Kaiserin Elisabeth starb, und ihr Nachfolger, Zar Peter III., trennte sich von seinen bisherigen Verbündeten und wollte sogar völlig auf Preußens Seite treten. Indessen wurde er schon nach wenigen Monaten ermordet, und seine Nachfolgerin, die Kaiserin Katharina, galt als echtrussische Todfeindin des Preußenkönigs. Trotzdem erneuerte sie den Krieg nicht, sondern blieb neutral, und das ganze gewaltige Ringen endete ein Jahr darauf mit dem allgemeinen Verständigungsfrieden von Hubertusburg auf der Grundlage des Besitzstandes vor dem Kriege.

Die Periode, in der sich Rußland gegenwärtig befindet, läßt sich, wenn man will, mit der Peter III. vergleichen. Nicht wie dieser aus Liebe, aber durch die allgemeine politische Notwendigkeit wird die Sowjetrepublik auf die deutsche Seite gedrängt, ganz unabhängig davon, daß auch ihr der Brester Friede schmerzlich und opferreich erscheint. An die Dauerhaftigkeit dieser Sowjetregierung hat in der deutschen Sozialdemokratie wohl von vornherein niemand zu glauben vermocht; aber auch, wenn sie stürzt, ist damit noch keineswegs gesagt, daß Rußland sich von neuem in den Krieg stürzt. Ausgesprochen deutschfeindliche Staatsmänner wie der frühere Kadettenführer Miljukow und der frühere Handelsminister im Kabinett Stolypin Timirjasoff haben jeden Gedanken daran sogar geradezu für verrückt erklärt. Wir wollen hoffen, daß, wenn Rußland nach den starken Schwankungen endlich in die feste Richtung einer starken Neutralität gelangt, auch wie damals in Preußens schwerster Not der allgemeine Friede nicht mehr fern ist.

Kriegsgewinn und Steuerschwindel.

Ueber den **Steuerhinterziehungsprozeß** gegen den Generaldirektor Adels der **Mannesmannschen Waffen- und Munitionswerke in Remscheid**, den wir bereits in unserer letzten Sonnabend-Nummer erwähnten, wird weiter berichtet:

Wie schon erwähnt, hatte der Direktor Zinzer, der sich umgebracht hat, dem Angeklagten Adels **„aus Gefühlsduselei"** die Hälfte seiner Einnahmen als Vertreter der Mannesmann Waffen- und Munitionswerke zugewendet, und Adels hatte diese ganz erheblichen Beträge bei seinen Steuereinschätzungen nicht mit in Ansatz gebracht. Hierzu bemerkte Adels, Zinzer habe ihm gelegentlich der Zuwendung mehrerer größerer Summen gesagt, die davon zu entrichtende Steuer habe er bereits bezahlt, die Sache sei also auch in dieser Beziehung in Ordnung. Da er selten Gelegenheit gehabt habe, mit Zinzer sich über die einzelnen Beträge auseinanderzusetzen, sei es ihm beim besten Willen unmöglich gewesen, klar zu sehen und zu sagen, welche Beträge Zinzer für ihn bei den verschiedenen Banken eingezahlt habe. Es wäre ganz untunlich gewesen, ganz willkürlich von den Zinzerschen Einzahlungen sich Summen gutzuschreiben und sie bei seinen Einschätzungen als versteuerbar anzugeben. Zinzer habe ihm wiederholt die Versicherung gegeben, daß er 1 180 000 M. für ihn versteuere.

In einem auffälligen Gegensatz zu dieser **Gleichgültigkeit bei Riesensummen** steht der Eifer, mit dem sich Adels einmal gegen eine seiner Meinung nach um 20 000 M. zu hoch vorgenommene Veranlagung eines Grundstückes wehrte; er holte alle möglichen Auskünfte ein, **beschwerte sich in allen Instanzen** und petitionierte schließlich noch beim Bundesrat. In einer seiner Steuererklärungen hatte er versichert, sein gesamtes Vermögen angegeben zu haben; nachdem man aber noch mündlich Auskunft über verschiedene Dinge von ihm erbeten hatte, erklärte er in einem Briefe ärgerlich, der Beamte habe ihn zwar ausgehorcht, er habe sich aber doch nicht alles herauslocken lassen. Künftig werde er sich in Steuerfragen nur noch schriftlich äußern.

Regierungsassessor Schmidtmann

als Vertreter der als Nebenklägerin zugelassenen Steuerbehörde, brachte bei Erörterung dieser Angelegenheit vor, daß Adels versucht haben solle, auch andere höhere Angestellte und Beamte der Mannesmann-Werke zu **unrichtigen Steuererklärungen zu veranlassen**; er habe u. a. einen Ingenieur der Werke nach der Höhe der von diesem zu zahlenden Steuern gefragt und als er den ziemlich hohen Betrag gehört, erklärt: **Hätten Sie mir das früher gesagt, dann wären Sie billiger davongekommen.** Der betreffende Ingenieur soll, da Adels von einer solchen Unterredung angeblich nichts bekannt ist, als Zeuge geladen werden.

Im Sommer 1916 kaufte Adels für **350 000 M.** mit Anzahlung von 10 000 M. das Gut Heisterburg. Der Verkäufer bekundete, er habe bei den Kaufverhandlungen den Eindruck gehabt, als ob Adels **sich um einen Teil der zu zahlenden Steuern habe herumdrücken wollen.**

Ueber die Art der Nebengeschäftchen,

die einzelne Beamte der Mannesmann-Werke machten, ergab die Verhandlung noch folgendes: Wie von Zinzer so bezog Adels auch von einem Kaufmann Richards, dem Lieferungen für die Mannesmann-Werke übertragen worden waren, einen Teil des dabei herausspringenden Gewinns, und zwar erhielt der Lieferant nur 40 Prozent, weitere 40 Prozent erhielt Adels und die restlichen 20 Prozent der Direktor Eck von den Mannesmann Waffen- und Munitionswerken.

Eck und Adels machten auch bei der Zweigniederlassung der Deutschen Bank in Remscheid gemeinsam Geschäfte unter dem Konto Fabrikanten-Vermögen. Sie kannten sich seit vielen Jahren, und Adels hatte dafür gesorgt, daß Eck von dem Remscheider Werk als Direktor angestellt wurde. Sein Gehalt betrug zuletzt 25 000 M. Außerdem bekam er 3 Proz. vom Gewinn. Im Jahre 1917 machte Eck eine Erfindung, die auf Anregung Adels von dem Werk für **300 000 M.** angekauft wurde. Die Hälfte dieser Kaufsumme, **150 000 M., schenkte Eck dem Adels**, auch so aus „Gefühlsduselei". Adels zeigte sich für das fürstliche Geschenk insofern dankbar, als er Eck ein Prozent seiner Tantieme abtrat.

Ein Direktor der Deutschen Bank gab Aufschluß über eine Anzahl Konten des Adels, des Direktors Eck und des verstorbenen Zinzer. Zinzer habe einmal einen großen Betrag, ungefähr **250 000 M., nach der Schweiz überweisen lassen**, angeblich zum Ankauf von Aluminium. Das Geld sei aber **zu diesem Zwecke nicht verwandt worden**, sondern **in Sicherheit gebracht** worden. Adels hat früher zugegeben, daß die Hälfte dieser Summe ihm gehört habe. Gestern bestritt er dies, wollte es jedenfalls nicht mehr wissen.

Der Zeuge Karl Mannesmann berichtete über mehrere mit Adels getätigte Verträge. Wegen der Tantieme für 1916, die **175 000 M.** betragen sollte, sei es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, Adels habe aber diesen Betrag, wie ihm, dem Zeugen, erst später bekannt geworden sei, doch abgehoben. Von dieser Summe hat Adels nur einen weit geringerern Teil bei seiner Steuereinschätzung berücksichtigt, wie er sagt, eben **wegen der Strittigkeit der Höhe der Tantieme** (!)

Wie andere Vertreter, verschrieb auch der Zeuge Reimer dem Angeklagten Adels freiwillig (!) **die Hälfte seines Verdienstes** bei den Mannesmann-Werken, der im Laufe nur weniger Jahre **210 000 M.** betrug. Angeblich hat er auch die dem Adels vermachte Hälfte versteuert.

Das Einkommen Adels

hat nach Meinung der Sachverständigen im Jahre 1916 in dem für ihn ungünstigsten Falle **227 974 M.**, im günstigsten Falle, nach Abzug aller Extraeinnahmen, Tantiemen usw., **45 542 M.** Hinzukommen noch die Einnahmen aus der Zilzerschen Schenkung mit 736 000 M., von insgesamt erhaltenen **1 638 000 M.** Kriegssteuerpflichtig gewesen ist ein Betrag von **1 049 607 M.**, oder in dem für den Angeklagten günstigsten Falle, **316 285 M.** Adels erkennt alle diese Berechnungen nicht als richtig an; er beziffert sein Einkommen und Vermögen weit geringer.

Zilzer, der in den ersten drei Kriegsjahren, wie schon einmal erwähnt, ein Einkommen von **mindestens 5 Millionen Mark** gehabt hat, hat sein versteuerbares Vermögen in den Jahren 1915 und 1916 nur auf je 15 900 M., 1917 auf 42 208 M. und 1918 auf 90 700 M. angegeben. Er war also in Dingen der Vermögensverschleierung und Steuerhinterziehung dem Angeklagten Adels noch über.

Staatsanwalt Dr. Wiskott:

Es klinge märchenhaft, wie diese Geldmenschen mit ihrem Gelde umgegangen seien. Der Angeklagte scheine mit einer magischen Gewalt den Leuten die Taschen geöffnet und sie zur Ausgabe so großer Summen bewogen zu haben. Er sei der Ueberzeugung, daß **noch weit höhere Vermögenswerte** in Frage kämen, als die von den Sachverständigen ermittelten, und deshalb stehe er nicht an, seinen Strafanträgen die ermittelten Höchstsummen zugrunde zu legen. Adels habe im Jahre 1915/16 ein Einkommen von 179 049 M. gehabt, versteuert habe er nur 11 300 M. **Die hinterzogene Steuer betrage 63 711 M.** Im Steuerjahr 1916/17 habe Adels sein Vermögen auf nur 48 730 M. beziffert, in Wirklichkeit habe es betragen 785 729 M., und die **hinterzogene Summe betrage also 39 860 M.** Die Kriegs-(Wehr)-Steuer bitte er nach dem festgestellten Vermögen von 1 043 600 M. zu berechnen. Hier komme ein **hinterzogener Betrag von 455 700 M.** in Frage.

Bei der Strafzumessung und der Frage der Anrechnung der Untersuchungshaft müsse berücksichtigt werden, daß der Angeklagte nicht das geringste zur Aufklärung des Sachverhalts beigetragen habe, im Gegenteil, **wie ein Tintenfisch habe er alles zu verdunkeln versucht.** Was das Strafmaß anbelange, so fordere der vorliegende Fall zu scharfen Strafen heraus. Nichts spreche zugunsten des Angeklagten, außer seiner bisherigen Straflosigkeit. **Die außerordentliche Höhe der hinterzogenen Summen, der Umfang und das System, mit dem die Steuerhinterziehungen betrieben worden seien, sprächen in schwerster Weise zuungunsten des Angeklagten**, ebenso seine Lügereien den Behörden gegenüber und seine Klagen bei seinen Steuererklärungen und Beschwerden trotz seiner glänzenden Verhältnisse. Der Angeklagte habe das Vaterland schwer geschädigt, habe mit dem, was ihm aus den Mitteln des Vaterlandes zugeflossen, schwersten Mißbrauch getrieben. Auch daß er einen Teil seines Vermögens durch nicht gerade noble Nebengeschäfte erworben habe, spreche nicht zu seinen Gunsten. Wenn der Angeklagte sein ganzes Vermögen verliere, so sei das zwar hart für ihn, aber im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit liege es, **das Geld, das dem Staate entzogen sei, dem Staate zurückzuverschaffen.**

Der verstorbene Zilzer möge der Hauptschuldige gewesen sein — der Angeklagte habe jedenfalls alle Veranlassung gehabt, sich von solchen Dingen fernzuhalten. Eine Geldstrafe allein sei aber nicht am Platze und er beantrage deshalb eine **Gefängnisstrafe von 8 Monaten.** Für die im Jahre 1916 und 1917 hinterzogene Steuer beantrage er 83 716 und 598 600 M., zusammen **682 316 M. Geldstrafe**, eventl. für je 15 M. 1 Tag Haft bis zur Höchstzeit von 3 Monaten.

Die hinterzogene Wehrsteuer bzw. den mehrfachen als Strafe zu bemessenden Betrag berechnete der Staatsanwalt auf

2 278 500 M.,

an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle 1 Jahr Gefängnis zu verhängen wäre. Außerdem müßten dem Angeklagten die **bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt** werden, denn

Adels besitze das Verdienstkreuz für Kriegshilfe

und sei dieser Auszeichnung nicht würdig.

Der Vertreter des Steuerfiskus als Nebenkläger begründete gleichfalls die Notwendigkeit einer empfindlichen Strafe, während die Verteidiger, Rechtsanwalt Pottgießer-Köln und Rechtsanwalt Weyl-Elberfeld sich des Angeklagten in wärmster Weise annahmen und seine Freisprechung beantragten, davon ausgehend, daß er seine Einschätzungen nicht wissentlich falsch abgegeben habe, sondern so, wie sie den Umständen nach nur abgegeben werden konnten. Beide Verteidiger betonten scharf, daß die Untersuchungsbehörde einen bedauerlichen Mißgriff getan habe, offenbar in Unkenntnis der bei dieser schwierigen, die Gerichte selten beschäftigenden Materie in Betracht kommenden Rechtsfragen. Der Angeklagte habe nichts getan, was er nicht hätte tun dürfen. Allerdings der Schein sei gegen ihn gewesen. Sowohl nach dem Einkommensteuergesetz als nach dem Kriegssteuergesetz seien Nebeneinnahmen steuerfrei. Adels habe einen rechtlichen Anspruch auf die Summen nicht gehabt, sie seien ihm nicht einmal in der rechtsgültigen Form, durch Schenkungsakte vor einem Notar, geschenkt worden. Letzten Endes widersprächen die Nebengeschäftchen den guten Sitten und aus solchen bezogener Gewinn sei nach konstanter Rechtsprechung des Reichsgerichts steuerfrei.

Das Urteil soll am **15. August** gesprochen werden.

Eine neue englische Friedensstimme.

Bei einer Konferenz der politischen Freunde Lansdownes in der Esserhall am 7. August wurde ein Brief des Lord Loreburn verlesen, in dem es heißt, er bedauere, nicht in London anwesend sein zu können, um erneut seiner Anhängerschaft an die Politik Lansdownes Ausdruck zu geben. Das ehrliche Zusammenarbeiten mit unseren Verbündeten liege im wahrsten Interesse von uns allen. Der Schreiber führt weiter aus, daß in Kriegszeiten selbstverständlich Männer und Frauen ihre ganze physische und geistige Arbeit den Männern an der Front zu geben hätten, welche die schwerste Bürde tragen. Aber, so fährt er fort, alle diese Pflichten ließen in keiner Weise die Pflicht jedes einzelnen aus, sein Möglichstes zu tun, um die ehrenvolle Beendigung dieses Krieges zu fördern. Wir müssen es verhindern, daß die Zivilisation, die wir retten und schützen wollen, selbst in Gefahr gerät. Wir sollten daher stets bereit sein, jedes Friedensangebot anzunehmen und zu prüfen. Militärische Mittel allein können Europa nicht wiederherstellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180813-18/fragment/page=0001

Der Krieg im Westen.

wtb. **Berlin**, 12. August abends. An der Schlachtfront zwischen Ancre und Avre ruhiger Tag. Zwischen Avre und Oise sind feindliche Angriffe gescheitert.

Die britische Offensive gebrochen.

In den sehr schweren, hin und her wogenden Kämpfen scheint besonders **Lihons** im Brennpunkt der Kampfhandlungen gestanden zu haben; melden doch die Engländer von dort das sehr energische Eingreifen der von unserer Seite herangeführten Reserven. Man kann den vierten Kampftag als den Tag bezeichnen, an dem sich die Welle der britischen Offensive gebrochen hat. Ebenso wie bei Soissons und Reims machen wir auch jetzt die gleiche Wahrnehmung, daß die Offensive von Tag zu Tag verlustreicher für den Gegner wird und wir die Handlungsfreiheit wieder gewinnen. Nach der Lage der Dinge ist mit neuen schweren Kämpfen zu rechnen.

*

Berlin, 11. August. Zu besonders schweren englischen Verlusten haben die Angriffe im Raume Rozieres geführt. Die Angriffstruppen hatten bereits in ihrem Versammlungsstrich und Bereitstellungensräumen im Luce-Bach-Grunde durch das deutsche Artilleriefeuer schwere Verluste erlitten. Bei dem Sturm über die kahle Hochfläche, auf der kein Raum, keine Hecke Deckung bietet, litt die englische Infanterie nicht weniger als die Tankabteilungen, die hier massenhaft zusamemngeschossen wurden. Dabei klammerte sich die deutsche Verteidigung nicht krampfhaft an bestimmte Punkte, sondern gab allzu starkem Druck nach, um sofort wieder vorzustoßen, wenn der durch seine verlustreichen Angriffe geschwächte Feind an einer Stelle ein Nachlassen an Kampfkraft zeigte. So geriet der in Rozieres eingedrungene Engländer in das Feuer zurückgebliebener Postierungen, wurde durch rasch entschlossen vorstürmende Stoßtruppen wieder geworfen, mußte das Dorf wieder nehmen, um nach neuem verlustreichen Angriff zu finden, daß die Hauptkräfte der Deutschen auf Lihons ausgewichen waren, vor dessen Trümmern ein neuer Angriff blutig zusammenbrach.

Berlin, 11. August. Am 11. August setzten die Ententeheere an beiden Flügeln der Schlachtfront von neuem starke Kräfte zum Durchbruch an. Um 5 Uhr früh brach von nördlich der Somme bis südlich Lihons schwerster Feuerwirbel los, dem starke Angriffe folgten. Wiederum begünstigte dichter Nebel den Angreifer. Allein, trotzdem und obwohl der Engländer keine Verluste scheute, wurden alle Angriffe in harten Kämpfen abgewiesen. Bei Lihons glückte zwar den Engländern ein vorübergehender Erfolg, allein ein deutscher Gegenangriff drängte sie wieder auf die Trümmer des in der Sommeschlacht 1916 vollkommen zerstörten Dorfes zurück. Weiter südlich warf ein aus Chaulnes vorbrechender deutscher Gegenangriff die Engländer wieder aus Rallue heraus und trieb sie in Unordnung auf Chilly zurück. Von der Straße Amiens—Roye bis an die Oise griffen die Franzosen bis zum Einbruch der Dunkelheit an. Rücksichtslos setzten sie hier starke Kräfte immer von neuem ein, um, koste es was es wolle, auf Roye durchzubrechen. Den von starken Kampfgeschwadern begleiteten Strumwellen folgten unmittelbar zahlreiche Feldbatterien. Allein, in dem ausgezeichneten zusammenwirkenden Feuer der deutschen Artillerie und Infanterie wurden die Franzosen überall abgewiesen. Außer zahlreichen Toten blieb eine große Zahl Tanks zerschossen vor den deutschen Linien liegen.

Berlin, 12. August. Das geschickte Ausweichen der deutschen Truppen zwischen der Avre und der Oise hat nunmehr anscheinend dem französischen Angriff seine Stoßkraft genommen. Durch den Kampf mit äußerst geschickt und zähe fechtenden Nachhuten geschwächt, durch den Marsch über hügeliges Waldgelände ermüdet und in Unordnung gebracht, stießen die französischen Angriffsdivisionen auf einen Verteidiger, der in gut gewählten Stellungen den Angriff erwartete. Durch Masseneinsatz und rücksichtslose Opferung von Menschen und Material suchte die französische Führung den verloren gegangenen Vorteil der Ueberraschung sowie den Verlust der vorbereiteten Angriffsbasis auszugleichen. In Nachahmung des deutschen Vorbildes ließen die Franzosen einen großen Teil ihrer Artillerie als Stoßbatterien der Infanterin unmittelbar folgen. Diese Maßnahme, welche den raschen, siegreichen Vormarsch nach Durchbrechung der ersten Linien sicherstellen sollte, führte zur schwersten Einbuße an Menschen und Pferden. Die französischen Geleitbatterien gerieten bereits auf dem Anmarsch in das Feuer der schweren deutschen Artillerie und wurden, zum Teil noch ehe sie auffahren konnten, zusammengeschossen. Nicht besser ging es den Panzerwagen, die von den Tankabwehrgeschützen erlegt wurden, ehe sie der deutschen Infanterie gefährlich wurden. Wenn der französische Führer seine Infanterie trotzdem bis Einbruch der Dunkelheit immer von neuem stürmen ließ, so erreichte er damit nichts als ein Anwachsen der französischen Verluste. Stellenweise liegen die Toten reihenweise vor den deutschen Gräben. Besonders furchtbar sind die Verluste des Angreifers bei Tolloloy, wo die bereitgestellten französischen Reserven durch das deutsche Artilleriefeuer fast vernichtet wurden.

Der Krieg zur See.

Berlin, 13. August. Das englische Marineamt meldet den Verlust des Oeldampfers O. B. Joennings (10 000 Br.-Reg.-To.) an, der etwa 100 Meilen von der Küste von Virginia von einem Unterseeboot versenkt wurde. An der Küste von Maine sind mehrere Fischdampfer torpediert worden.

Seegefecht in der deutschen Bucht.

Berlin, 12. August. (Amtlich.) Am 11. August vormittags sichteten unsere auf den Friesischen Inseln stationierten Aufklärungsflugzeuge sowie ein in See befindliches Luftschiff im Seegebiete nördlich Vlieland starke englische Seestreitkräfte, die sich aus mindestens 25 Linienschiffen, 6 Panzerkreuzern, zahlreichen Zerstörer- und Torpedobootsflottillen zusammensetzten. Sie führten außerdem 6 Schnellboote mit, die zusammen mit Torpedofahrzeugen anscheinend zum Minenlegen in größerem Umfange bestimmt waren. Die englischen Flottenteile waren im Vormarsch nach der Deutschen Bucht begriffen. Unsere Flugzeuge sowie das Luftschiff griffen sofort mit Bomben und Maschinengewehren die Schnellboote und Torpedofahrzeuge an. Es gelang ihnen, drei Schnellboote zu vernichten und den Rest der Schnellboote bewegungsunfähig zu machen. Außerdem wurden auf einem Panzerkreuzer und einem Torpedoboot Bombentreffer erzielt. Das Torpedoboot wurde so schwer beschädigt, daß es zuletzt in sinkendem Zustande gesehen wurde. Sofort auf den Kampfplatz vorstoßende eigene Seestreitkräfte konnten den bereits abziehenden Gegner nicht mehr stellen. Unsere Verluste betragen ein Luftschiff, Kommandant Korvettenkapitän d. Res. Proelß, und ein Flugzeug. Besonders hervorgetan haben sich bei Abwehr und Angriff die Kampfstaffeln Borkum und Norderney unter Führung der Leutnants zur See Freudenberg und Hammer. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 12. August. Von der Insel Ameland wird unter dem 11. August gemeldet: Den ganzen Morgen war es in der Luft sehr bewegt. Schon vor 8 Uhr sah man etwa 20 Flugzeuge mit einem Zeppelin auf eine englische Flottille von Motor- und U-Bootjägern Jagd machen. Wie verlautet, sollen etwa sechs dieser Schiffe getroffen und versenkt worden sein.

London, 12. August. (Reuter.) Die Admiralität teilt mit: Englische leichte Seestreitkräfte und Flugzeuge unternahmen am 11. August eine Erkundungsstreife an die westfriesische Küste. Von deutschen Luftstreitkräften heftig angegriffen, gelang es sechs Motorbooten nicht, zurückzukehren. Englische Flugzeuge vernichteten nördlich von Ameland ein Luftschiff; dieses fiel aus großer Höhe in Flammen gehüllt ins Meer.

Amsterdam, 12. August. Die Niederländ. T.-A. meldet noch von der Insel Ameland, daß wahrscheinlich nur zwei englische Motorboote vernichtet wurden. Man glaubt, daß zwei noch in der See treiben. Zwei sind bei der Insel Schelling gelandet. Einige Stunden nach Beendigung des Gefechts streiften ein großes deutsches Schlachtschiff und zehn Torpedoboote fortwährend vor der Amelander Küste. Später passierten noch verschiedene Flugzeuge die Insel in östlicher und westlicher Richtung. Gegen abend hörte man wieder einige Explosionen und man sah, wie die deutschen Flugzeuge Lichtsignale gaben. Die ganze Besatzung des Zeppelin ist umgekommen.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. **Wien**, 12. August. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der italienischen Front unterblieben gestern größere Infanterieunternehmen. Um so lebhafter waren an vielen Stellen der Artilleriekampf und die Fliegertätigkeit. Italienische Geschwader griffen bei ihren Flügen über Feltre und die Sieben Gemeinden aus geringer Höhe weithin sichtbar gekennzeichnete Feldspitäler an, wobei Kranke und im Pflegedienst tätige Personen getötet wurden.

Albanien.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Zur Lage in Rußland.

Moskau, 10. August. (P. T. A.) Die Mitteilung, daß **Lenin** und **Trotzki** nur unter besonderem militärischen Schutze erscheinen, wird dementiert. Lenin und Trotzki besuchen nach wie vor die Arbeiterversammlungen ohne jeglichen Schutz.

Moskau, 9. August. (P. T. A.) Die in Rußland internierten Offiziere und Soldaten der französischen Militärmission werden aus Rußland freigelassen werden, wenn Frankreich sich einverstanden erklärt, die russischen Soldaten aus Frankreich zu entlassen. Die in Rußland zurückgehaltenen diplomatischen Vertreter der Ententestaaten werden aus Rußland nur unter der Bedingung herausgelassen, daß dem Sowjet-Botschafter Litwin und anderen aus London freie Abfahrt gewährt wird.

Moskau, 10. August. (P. T. A.) In Sowjetkreisen herrscht Entrüstung über die unwahren Mitteilungen der ausländischen Presse, daß die Sowjet-Regierung die Fabriken und Werke wieder den privaten kapitalistischen Unternehmern zurückgeben wolle und daß sie beabsichtige, sich den Erfordernissen des bürgerlichen Wirtschaftswesens anzupassen. Im Gegenteil, die Nationalisierungsmaßnahmen, die früher nur proklamiert wurden, sind in letzter Zeit in der Praxis durchgeführt. Was die wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zu den anderen Staaten anbelangt, so stellt die Sowjet-Regierung jetzt ebenso, wie auch früher, die Forderung einer bedingungslosen Anerkennung der Nationalisierung der russischen Industrie und des Außenhandels, sowie der Annulierung der russischen Staatsschulden.

Moskau, 10. August. Die hiesige Presse meldet: An der westlichen Tschecho-Slowakenfront beim Dorfe **Alexejewka** geriet eine Flottille in einen Kampf mit dem Feind. Ein Erkundungsdampfer wurde versenkt. Ein Dampfer mit drei Schornsteinen und drei Geschützen wurde zerschossen. Der Feind mußte zurückgehen. Das Dorf Merowka südlich von Chwalynsk (an der Wolga) ist von uns besetzt worden. Nach einem Kampf bei Tetiuschi begannen wir den Vormarsch auf Simbirsk. Die Bahn Ufa-Simbirsk ist teilweise, nämlich zwischen Hurlatt und Buguluch in unserer Hand.

An der östlichen Tschecho-Slowakenfront besetzten wir die Station **Midiapskaja** südlich von Kupgur, die Dörfer Neikowskoje und Olschizkoje nördlich von Kraßnaufinsk. Irbit ist vom Feinde besetzt.

Nach einem Bericht des soeben in Moskau eingetroffen Kriegskommissars der sibirischen Armeen gehen die Tschechen gegen die Arbeiter mit außerordentlicher Härte vor. In **Omsk** wurden 7000 Arbeiter **verhaftet** und viele **erschossen**. Der Prozentsatz der Tschechen innerhalb der feindlichen Armee beträgt jetzt etwa 30 Prozent gegen 80 Prozent früher. Der Rest besteht hauptsächlich aus Offizieren und Weißgardisten.

Alle in den Vororten Moskaus lebenden Offizere sind bei Androhung schwerer Strafen zur Meldung aufgefordert worden.

Der Rat der Volkskommissare befahl, daß alle Einwohner ohne besondere Beschäftigung Moskau innerhalb von drei Tagen ohne weitere Benachrichtigung zu verlassen hätten. Dabei etwa entlassene Bedienung hat Anspruch auf Lohnzahlung 1½ Monat voraus.

Von Kasan wolgaabwärts ist ein auffallender Preissturz für Brot und Eier ingetreten, die Ernte ist dort über den Durchschnitt.

Die Entente-Konsulate in Wologda weigern sich, der Aufforderung nach Moskau zu kommen, Folge zu leisten.

Eine russische Frage an England.

Moskau, 6. August. (P. T. A.) **Tschitscherins** Note an den amerikanischen Generalkonsul **Poole** vom 5. August 1918 lautet: Sehr geehrter Herr Poole! Zur Zeit, als Bürger Lenin nach der nicht zu rechtfertigenden englisch-französischen Invasion in einer Rede erklärte, daß die Engländer und Franzosen tatsächlich mit uns Krieg führen, und Sie zu uns kamen, um zu fragen, ob ein Kriegs- oder Friedenszustand zwischen uns bestehe und ob Sie bei uns bleiben sollten, antwortete ich, daß unser Volk noch immer in Frieden mit den Völkern Ihrer Länder lebe und daß, um auch weiterhin als der Vertreter Amerikas hier bleiben zu können, Ihnen die gleichen Möglichkeiten wie bisher eingeräumt blieben, die Verbindung mit Ihrer Regierung aufrecht zu erhalten. Diese Möglichkeit haben Sie noch immer in der Hand, soweit es von uns abhängt, da die Unterbrechung der telegraphischen Verbindung über Murmansk ein Werk Großbritanniens ist und nicht das unsrige Wir haben unsererseits unsere einzige Möglichkeit, sich mit Ihrer Regierung in Verbindung zu setzen, nämlich unsere funkentelegraphischen Stationen Ihnen zur Verfügung gestellt, und da Sie über diese verfügen können, so bitten wir Sie, es Ihrer Regierung ebenso wie den breiten Volksmassen im Auslande bekanntzugeben, daß ein in keiner Weise zu rechtfertigender Angriff, ein ausgesprochener Gewaltakt an uns verübt wird. Wir haben nichts getan, um diesen Angriff zu veranlassen.

Unser Volk will nichts weiter als in Frieden und Freundschaft mit den arbeitenden Massen aller Länder leben. Ungeachtet des bestehenden Friedenszustandes drangen englisch-französische Streitkräfte in unseren Grenzbereich, nahmen unsere Dörfer und Städte mit bewaffneter Macht ein, erschossen die treuen verantwortlichen Sowjet-Mitglieder, lösten die Arbeiterorganisationen auf, warfen ihre Mitglieder ins Gefängnis und verjagten sie aus ihren Wohnstätten, ohne daß irgend etwas diese räuberischen Taten rechtfertigen könnte. Ohne Kriegserklärung, ohne das Bestehen eines Kriegszustandes werden Feindseligkeiten gegen uns eröffnet und unser Volkseigentum geraubt. Uns gegenüber wird kein Recht anerkannt; kein Gesetz wird von denen, die diese Invasionstruppen gegen uns ausgesandt haben, beachtet, denn wir sind die ersten in der Welt, die eine Regierung der Ausgebeuteten und der Armen errichtet haben. Uns gegenüber wird ungeschminktes Banditentum für erlaubt gehalten, und Leute, die uns keinen Krieg erklärt haben, handeln wie Barbaren an uns. Aber wir, die Räte der Ausgebeuteten und der Armen, sind keine Barbaren wie diese Eindringlinge. Unsere Vergeltung an denen, die die Mitglieder unserer Sowjets niederschießen, besteht nicht darin, daß wir die gleichen Handlungen an den Vertretern ihrer Regierungen verüben. Die offiziellen diplomatischen Vertreter eben dieser Regierungen genießen die Immunität, die von ihren amtlichen Stellen den Mitgliedern unserer Sowjets verweigert wird. Indem wir gegenüber den offiziellen Vertretern Großbritanniens und Frankreichs diese Haltung einnehmen, berücksichtigen wir auch Ihre eigene dringende Bitte, da wir in Ihnen die Vertreter eines Volkes sehen, das — um ihre Worte zu gebrauchen — „nichts gegen die Sowjets unternehmen will".

Wenn wir die gegen uns gerichteten Kriegsmaßnahmen mit Vorsichtsmaßregeln etwa der Art beantworten, daß wir Staatsangehörige der Invasionsmächte in Konzentrationslagern unterbringen, so betrachten wir diese Staatsangehörigen als Zivilgefangene und wenden diese Vorsichtsmaßregeln nur gegen Mitglieder der besitzenden Klassen an, die unsere Gegner sind. Keine solche Maßnahme wird gegen unsere natürlichen Verbündeten, die sich jetzt hier aufhaltenden Arbeiter eben dieser Länder, zur Ausführung gebracht. Die arbeitenden Klassen der ganzen Welt sind unsere Freunde und gerade jetzt erklären wir jenen Ländern, deren Heere mit unverhüllter Gewalt gegen uns vorgehen, gerade jetzt rufen wir ihren Völkern zu: Friede den Häusern der Armen! Da Sie erklärt haben, daß Ihr Volk nicht die Sowjets stürzen will, fragen wir Sie, ob Sie nicht klar sagen können, was Großbritannien in Wahrheit von uns will. Ist sein Ziel, die volkstümlichste Regierung zu stürzen, welche die Welt gesehen hat, die Räte der Armen und der Bauern? Ist sein Ziel die Gegenrevolution? Angesichts seiner Handlungen müssen wir denken, daß es so ist. Wir müssen denken, daß es beabsichtigt, die schlimmste Tyrannei der Welt wieder herzustellen, den verhaßten Zarismus. Oder beabsichtigt es die Eroberung einer bestimmten Stadt oder eines Landstriches, den es uns namhaft machen kann? Eingedenk Ihrer Freundlichkeit hoffe ich, daß Sie uns helfen werden, uns über dieses Problem klar zu werden, dem wir in diesem Augenblick gegenüberstehen.

Eine offiziöse Schilderung der Lage in der Ukraine.

Kiew, 11. August. Seit Monaten schon versucht die ententistische Propaganda, die Lage in der Ukraine in den düstersten Farben zu schildern, da es in ihr Konzept nicht paßt, daß hier unter der Herrschaft der Mittelmächte Ruhe und Ordnung herrschen. Zuerst, als Kiew absolut ruhig und friedlich war, verbreitete Reuter völlig aus der Luft gegriffene Gerüchte, es sei in der Stadt ein großer Aufstand ausgebrochen, der Hetman werde in seinem Palast belagert und sei selbst schwer verwundet! Daran schloß sich dann später die für Kenner hiesiger Verhältnisse ganz lächerliche Mär, der Hetman habe freiwillig seiner Würde entsagt und diese einem jungen österreichischen Erzherzog übertragen, der sich bereit habe, dieses Amt anzutreten! Und jetzt ist selbst ein so angesehenes und neutrales Blatt, wie der Berner Bund, auf die jedenfalls auch von deutschfeindlicher Seite böswillig inspirierte Nachricht hereingefallen, in der Ukraine sei gegen die Hetmanregierung und gegen die Deutschen ein großer Bauernaufstand ausgebrochen, den gut bewaffnete, mit Maschinengewehren und Kanonen ausgerüstete Bauern zusammen mit Arbeitern und in Verbindung mit Sozialrevolutionären, Bolschewikis und Menschewikis (eine ganz unwahrscheinliche Zusammenstellung) ins Werk gesetzt hätten. Die Zahl der Aufständigen betrage, man höre und staune, über zweimalhunderttausend Mann.

Richtig ist hieran nur so viel, daß sich seinerzeit die revolutionäre Bewegung in Rußland naturgemäß auch auf die Ukraine ausgedehnt, und daß gerade sie den Einmarsch deutscher Truppen zum Zweck der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Lande veranlaßt hatte. Aus jener Zeit existieren in der Ukraine, besonders in dem stets unruhigen südlichen Teile des Gouvernements Kiew, noch einzelne Banden, die sich aus Bauernproletariat, ehemaligen russischen Soldaten, tschecho-slowakischen früheren Kriegsgefangenen, aus Großrußland über die breite und offene Grenze täglich hereinströmenden zweifelhaften Elementen und anderem Gesindel zusammensetzen. Politische Ziele verfolgen diese im allgemeinen in Stärke von höchstens zweihundert bis dreihundert Mann auftretenden Banden nicht, ihr Zweck ist der Ueberfall von Schlössern und größeren Bauernhöfen, Raub, Mord und Plünderung. Daß sie noch vom Kriege her gut bewaffnet und gelegentlich sogar mit Maschinengewehren ausgerüstet sind, ist richtig und begreiflich. Völlig und dauernd zu unterdrücken ist dieses Bandenwesen in dem ausgedehnten Lande nicht leicht, da sich diese Banden beim Herannahen von Truppen in friedliche Bauern verwandeln oder in die Wälder verziehen. Immerhin ist es gelungen, die weitaus größte dieser Banden, die gegen 1000 Mann zählte, bei Swienigorodka zu stellen und zu vernichten. Gefährlich sind sie wohl für die friedliche einheimische Bevölkerung, insbesondere die Gutsbesitzer, Großbauern und Zuckerfabriken, nimmermehr aber für die Besatzungstruppen der Mittelmächte.

Von einem Bauernheere von zweihunderttausend Mann, das die phantasiereichen Entente-Propagandisten in den Spalten der ihnen zugänglichen Zeitungen auf die Beine gebracht haben, ist hierzulande nichts zu spüren. In dem weitaus größten Teile des Landes, wie beispielsweise in den Gouvernements Poltawa, Charkow, Taurien und Wolhynien herrscht vielmehr gegenwärtig bis auf einzelne unbedeutende Ausschreitungen, die hier immer vorgekommen sind und später vorkommen werden, fast vollständige Ruhe. Auch der Eisenbahnerstreik ist, ohne daß es deshalb zu größeren Unruhen gekommen wäre, in friedlicher Weise jetzt liquidiert. Nur aus Moskau importierte Sozialrevolutionäre, wie der Mörder des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180813-18/fragment/page=0002

in der Ukraine hochverehrten Feldmarschalls von Eichhorn, führen zum Entsetzen aller besseren ukrainischen Elemente durch sinn- und zwecklose Attentate die Ruhe.

•

Kiew, 8. August. Der Verkehrsminister hat den Chef der Südwestbahn angewiesen, den Angestellten und Arbeitern des Obessaer Gebiets, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, den Lohn für Mai und Juni auszuzahlen.

Elektrisierung der schweizerischen Bahnen.

Bern, 12. August. (Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur.) Die Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen unterbreitet dem Verwaltungsrat das Programm für die Elektrifizierung des Bundesbahnnetzes. Nach diesem Programm soll das ganze Bundesbahnnetz binnen 30 Jahren elektrifiziert werden, und zwar die Hauptlinien, die zwei Fünftel des Netzes ausmachen, binnen 10 Jahren, die übrigen Linien je nach Bedeutung in dem zweiten und dritten Dezennium. Die Kosten werden auf ¾ Milliarden geschätzt; zusammen mit dem Ausbau des Bahnnetzes und der Anschaffung des Rollmaterials werden jährlich die Ausgaben etwa 80 bis 90 Millionen betragen, welche Summen durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Der Bedarf an elektrischer Energie ist bereits zu ¾ gesichert; das letzte Viertel kann leicht beschafft werden. Die Generaldirektion, die früher infolge der großen Kosten nur schrittweise an die Elektrifizierung herantreten wollte, hat infolge der Einwirkungen des Weltkrieges und der Schwierigkeit der Kohlenversorgung die Meinung geändert und drängt nunmehr auf gleichzeitige Inanspruchnahme der Elektrifizierung an verschiedenen Strecken. Mit Rücksicht darauf, daß das Parlament in der Junisession auf eine rasche Durchführung der Elektrifizierung gedrängt hat, besteht kein Zweifel, daß der Verwaltungsrat den Anträgen der Generaldirektion zustimmen und die Elektrifizierung energisch in die Hand genommen wird.

Schweine, die immer Ferkel bleiben.

Aus der Praxis der Schweinezüchter.

Schweine, die nicht älter werden, sondern immer Ferkel bleiben, sind eine der vielen Erscheinungen, die der Krieg und die Lebensmittelnot gezeitigt haben. Das hat seinen guten Grund, denn die „ewigen" Ferkel sind eine Erklärung des Geheimnisses vom Schleichhandel mit Schweinefleisch, das der gewöhnliche Mann nicht mehr zu sehen bekommt, das aber zu sehr hohen Preisen für den Kriegsgewinnler und sonstige Leute mit großen Geldbörsen zu haben ist. Die Schweinehändler müssen bekanntlich die Tiere, die sie zum Mästen einstellen, zur Anmeldung bringen, und es werden darüber genaue Listen geführt. Ebenso werden die Abgänge durch Schlachtung oder Verkauf kontrolliert, so daß bei Revisionen an Hand der Listen genau festzustellen ist, ob der Bestand der vorgefundenen Schweine stimmt.

Er stimmt gewöhnlich, nur sind die vorhandenen Schweine sehr häufig nicht fetter und älter geworden, sondern Jungtiere geblieben, also Tiere, die erst richtige Schweine und schlachtreif werden sollen. Die Erklärung ist sehr einfach: die inzwischen gemästeten und wohlgerundeten Tiere sind heimlich von den Besitzern für den sehr lohnenden Schleichhandel mit Schweinefleisch geschlachtet und dafür Ferkel, die man sich heimlich irgendwoher verschafft hat, eingestellt worden. Die angemeldete Zahl stimmt also stets und so haben die Schleichhändler eine schier unerschöpfliche Quelle.

Solch auffälliges Zurückbleiben im Wachstum hatte der Gendarmeriewachtmeister Müller aus Rosenthal kürzlich bei sechs Schweinen der Frau Anna Haase in Mittenau beobachtet. Nach den Listen mußten die Tiere ½ bis 1 Jahr alt sein, waren aber Saugferkel geblieben. Die Frau gab schließlich zu, einige Tiere abgeschlachtet zu haben. Sie wurde wegen verbotener Hausschlachtung zu drei Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Daran änderte auch die eingelegte Berufung nichts.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Einberufung des Haushaltausschusses?

Das Berliner Tageblatt fordert mit Rücksicht auf die Gestaltung der Ostfrage die sofortige Einberufung des Haushaltausschusses. Das Blatt begründet dieses Verlangen mit dem Satze: „Eine ganze Reihe von Auslandsfragen drängt zur Entscheidung, und wenn der Reichstag nicht wieder, wie schon wiederholt, vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll, wird er jetzt, fünf Minuten vor neuen schwerwiegenden Entscheidungen, auf eine Darlegung der Ziele unserer auswärtigen Politik dringen müssen."

Der Sturm im Münchener Bierglase.

Die Proteste gegen die Gewährung von 250 Gramm Fleisch an die Berliner Bevölkerung finden selbst in einem Teile der bayrischen Presse Widerspruch. So schreibt die Passauer Zeitung:

Die Berliner haben als einzige Ausnahme im Reiche 250 Gramm Fleisch für die Woche zugesprochen erhalten, wogegen die Münchener wutentbrannt eine allzu bajuwarische Offensive unternommen haben. Ein Trommelfeuer von Münchener Zeitungsartikeln prasselt gegen die Berliner Bevorzugung, die bayrische Volksseele wird mit ersichtlicher Planmäßigkeit zum Kochen gebracht. Diese partikularistische Popularitätshascherei halten wir als geborene und gute Bayern für ebenso widerwärtig wie stimmungsverderbend und volksverhetzend. Wer die Berliner und Münchener Verhältnisse im allgemeinen kennt, der muß und wird den Reichshauptstädtern ihre 50 Gramm Mehrzuweisung neidlos gönnen, denn wir sind im klaren darüber, daß kein Münchener mit einem Berliner unter den bestehenden Verhältnissen tauschen möchte. Also fort mit dem Sturm im Münchener Bierglase!

Man darf wohl hoffen, daß die Mahnung des Passauer Blattes dazu mithelfen wird, die Temperatur der „kochenden Volksseele" in Bayern etwas zu vermindern.

Frankreich.

Frankreich vor einer Verfassungskrise?

Aus den vorliegenden Protesten zur Verurteilung Malvys geht hervor, daß die Bewegung einer zweiten Dreyfuß-Affäre gleichkommt. Das sozialistische Komitee ist zusammengetreten, um eine Massenpetition aller Sozialisten und republikanischen Verbände zu organisieren. Die Coalition republicaine und die Liga für Menschenrechte sind gleichfalls zusammengetreten, um gegen das Urteil zu protestieren. Der Vollzugsausschuß der radikalen Partei beschäftigt sich mit dem Ausschluß aller derjenigen Senatoren aus der Partei, die gegen Malvy gestimmt hatten. Die Senatoren bildeten aus 36 Mitgliedern, die für Malvy gestimmt haben, eine neue Gruppe zum Kampfe gegen die Regierung.

Auch das Syndikat der Eisenbahnangestellten protestierte gegen die Verurteilung und fordert die Gewerkschaften zum Kampfe gegen die Reaktion auf. Einen gleichen Entschluß faßte das Syndikat der Arbeiter der Papierindustrie. Nach einem Leitartikel Renaudels in der Humanite ist eine Verfassungskrise keineswegs ausgeschlossen, da die Kammer am 5. September zur Verurteilung Stellung nehmen muß. Ein Konflikt zwischen Kammer und Senat müsse aber zu einer Verfassungsrevision führen, die ohne Neuwahlen unmöglich sei. Ebenso wie in England seien nun auch in Frankreich die Wahlen unvermeidlich geworden.

England.

Die angeblich deutsch-irische Verschwörung kam im Unterhause am 5. August erneut zur Sprache, als der Nationalist Healy sich über die anscheinend von der Regierung herrührende Propaganda beklagte, die über Irland und die irischen Mitglieder des Unterhauses Lügen verbreite, außerdem die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Dokumente verlangte, die nach Angabe der Regierung die Internierung der Sinnfeinführer rechtfertigten. Der Obersekretär für Irland Shortt antwortete, Deutschland habe immer Irland als günstiges Feld angesehen, um England Verlegenheiten zu bereiten. Die Angabe, daß Bimborne die Existenz des Komplotts geleugnet habe, sei unzutreffend. Bimborne habe nur gesagt, daß er nichts davon gehört habe. Hier warf Devlin ein, zweifellos würde der Vorleutnant von dem Komplott gewußt haben, wenn ein solches vorgelegen hätte. Shortt erwiderte ironisch, Devlin sei wohl der Anwalt Bimbornes, worauf Devlin mit den Worten antwortete: „Das ist ganz charakteristisch für Ihre Unparteilichkeit." Shortt fuhr unentwegt fort, darzulegen, daß die Regierung ganz genau wisse, daß zwischen Irland und Deutschland geheime Beziehungen beständen, erklärte aber, daß er dem Drängen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses keineswegs stattgeben werde. Devlin bemerkte am Schlusse, seiner Ueberzeugung nach sei das angebliche Komplott im wesentlichen eine Kreatur der Einbildungskraft des Obersekretärs und nur erfunden, damit die Regierung vor Amerika die Zurücknahme des Homerule-Versprechens rechtfertigen könne.

Deutscher Heeresbericht vom 12. Aug.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. August. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ancre und Ancre scheiterten mehrfach Teilvorstöße des Feindes. Nördlich der Lys schlugen wir einen stärkeren englischen Angriff zurück.

An der Schlachtfront führte der Feind am frühen Morgen heftige Angriffe nördlich der Somme und zwischen Somme und Libons. Sie wurden meist im Feuer, teilweise im Gegenstoß abgewiesen. Bei den Kämpfen um Libons stieß der Feind über den Ort hinaus nach Osten vor. Unser Gegenangriff warf ihn bis an den Nord- und Ostrand des Dorfes wieder zurück. Heftige Teilkämpfe zwischen Libons und der Avre. Südwestlich von Chaulnes griffen wir den Feind an und nahmen Healu. Beiderseits der Straße Amiens—Roye wiesen wir feindliche Angriffe ab. Zwischen Avre und Oise dauerten starke Angriffe des Feindes bis zur Dunkelheit an. Sie sind völlig gescheitert. Besonders schwere Verluste erlitt der Franzose bei Tilloloy. Durch nahes Heranholen seiner Artillerie, die den Panzerwagen dichtauf folgte, suchte er hier den Durchbruch zu erzwingen. Infanterie und Artillerie schossen den Feind vor unseren Linien zusammen.

•

Gestern wurden 17 feindliche Flugzeuge und vier Fesselballone abgeschossen. Leutnant Udet errang seinen 49., 50., 51. und 52., Leutnant Freiherr v. Richthofen seinen 38., Leutnant Veltjens seinen 26., 27. und 28. Luftsieg.

Im Juli wurden an den deutschen Fronten 518 feindliche Flugzeuge, davon 60 durch unsere Flugzeugabwehrgeschütze, und 36 Fesselballone abgeschossen. Hiervon sind 239 Flugzeuge in unserem Besitz, der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt.

Wir haben im Kampf 129 Flugzeuge und 63 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

•

Französischer Heeresbericht vom 11. August nachmittags. Die Franzosen setzten gestern bei Tagesende und in der Nacht ihren Vorstoß auf der ganzen Front zwischen Avre und Oise fort. Sie nahmen das Massiv von Coulonges la Grasse und trugen ihre Linien östlich Bus vor. Weiter südlich drangen sie in die Waldgegend zwischen der Matz und der Oise ein, gewannen die Ränder von Vorliere und Gurg, nahmen Moreuil und Lamotte und dehnten ihren Vormarsch fünf Kilometer nördlich Chevincourt aus.

Aus aller Welt.

Geheimschlächterei. Kassel, 10. August. Der Inhaber eines der größten Restaurationsbetriebe sowie der Küchenchef, ein Metzger und noch andere Personen sind wegen Schleichhandels und Geheimschlächterei verhaftet worden. Bei einer Haussuchung in den Wirtschaftsräumen wurden ein frisch geschlachtetes Schwein, mehrere Kälber und Hammel, im ganzen mehrere Zentner beschlagnahmt und dem städtischen Verkauf zugeführt. Gleichzeitig wurde bei einem hiesigen Metzger eine große Menge Fleisch beschlagnahmt.

Die Spuren eines Mordes. Neuß, 10. August. In der Nähe der Wohnung des unter dreifachem Mordverdacht verhafteten Gärtners Krings wurde die Leiche des seit Dezember 1916 verschwundenen Dienstmannes Marx aus Bonn vergraben aufgefunden. Krings hat Marx bei einem Schleichhandelsgeschäft ermordet.

Letzte Nachrichten.

Wien, 11. August. Nach einem Bericht des Bürgermeisters wird ab 19. August der Straßenbahnverkehr um ½10 Uhr abends schließen. Eine ganze Reihe der wichtigsten Linien wird vollständig ausgelassen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Butter. In der Woche vom 12.—18. August 45 Gramm. Von Donnerstag bis Sonnabend auf Abschnitt 33 der Fettkarte.

Eier. Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 63501—65000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 65001—69000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.

Quark. Mittwoch, auf Abschnitt 12 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei den Milchhändlern Krebs, Lerchenfeldstraße 22, Brockhaus, Ludwigstraße 25 auf die Nr. 6001 bis 9000 und 17001—18000 der neuen Lebensmittelscheine. Jedes Kind von 6—12 Jahren ½ Pfund für 37 Pfennig.

Fleischverkauf. Wegen verspäteter Anlieferung des Schlachtviehes bleiben die Fleischerläden am Mittwoch geschlossen. Der Verkauf findet Donnerstag 8—1 Uhr statt.

Gerstenmehl für Kinder. Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 20001—30000, nachmittags von 2—6 Uhr Nr. 30001 bis 40000 in der Talamtschule auf Abschnitt F der besonderen Warenbezugskarte für Jugendliche von 12—17 Jahren und auf Abschnitt H der besonderen Warenbezugskarte für Kinder von 6—12 Jahren. Jede Person ½ Pfund für 38 Pfg.

Spiritus aus Kohle.

In Visp, dem bekannten Bahnknotenpunkt der Südschweiz, von wo alljährlich viele Tausende von Fremden nach Zermatt in das Gebiet des Matterhorns gelangen, geht jetzt ein Werk seiner Vollendung entgegen, das zwar in erster Linie für die Schweiz von allergrößter Wichtigkeit ist, aber darüber hinaus für die ganze Kulturwelt große Bedeutung hat, denn die Inbetriebnahme dieses Werkes bildet einen Marksteine in der chemischen Industrie und ist ein Triumph der Wissenschaft, dessen der Menschheit nützliche Folgen heute noch gar nicht ermessen werden können. Die Lonza-Elektrizitätsgesellschaft erbaut dort nämlich, wie wir in einem Aufsatz von Dr. Ludwig Stahy im Vorwärts lesen, die erste Fabrik, die den für Gewerbe und Industrie so notwendigen Spiritus auf einem neuen chemischen, sozusagen künstlichen Wege, nämlich aus Kohle, gewinnen will. Damit ist das bisher allgemein für unmöglich gehaltene Problem gelöst, anorganische Stoffe in organische umzuwandeln, eine Errungenschaft der Wissenschaft, die ohne Zweifel zu den Großtaten der Chemie gezählt werden muß. Die Schweiz geht in der Ausnutzung dieser Entdeckung allen Staaten voran, sie hat ja auch besonders großen Vorteil davon, denn während sie bisher genötigt war, jährlich 4 Millionen Frank für den Bezug von Spiritus aus dem Ausland auszugeben, wird die Fabrik in Visp den ganzen Bedarf der Schweiz, das sind ungefähr 100 000 Zentner Spiritus, herstellen, wozu sie außer den Maschinen und Arbeitskräften in der Hauptsache nur für zirka 70 000 Frank Kohle braucht. Die Schweiz erzielt also nicht nur eine enorme Ersparnis, sondern sie hat, und das ist auf jeden Fall die Hauptsache, die ihr nötige Spiritusmenge immer zur Verfügung und ist in dieser Hinsicht — vom Kohlenmaterial abgesehen — völlig unabhängig vom Ausland.

Es ist nun für jedermann von Interesse, diese gewaltige Großtat der Chemie in kurzen Zügen näher kennenzulernen. Es ist seit langer Zeit eine der größten Aufgaben der Chemie, die Frage zu lösen, ob aus anorganischen Stoffen oder Elementen Verbindungen oder Stoffe herzustellen sind, die bisher nur unter Zuhilfenahme lebender Organismen gewonnen werden konnten. Die Pflanzen allein haben die Fähigkeit, aus den anorganischen Bestandteilen des Erdbodens und der Luft organische Stoffe zu bilden, die zum Leben und Aufbau der Pflanze notwendig sind, aber denen aber auch das Leben der gesamten Pflanzen- und Tierwelt, den Menschen inbegriffen, beruht, das sich nur durch Einverleibung organischer Stoffe überhaupt ermöglicht, dieses Kunststück, die Umwandlung anorganischer Substanz in organische, war nur der Pflanze möglich, und alle Versuche der Chemie, diesen Vorgang auf künstlichem Wege ebenfalls zu verwirklichen, scheiterten, so daß man ihn überhaupt für unmöglich und undurchführbar hielt.

In neuerer Zeit hat aber die chemische Wissenschaft diesen Weg gefunden, der einen gewaltigen Fortschritt von unübersehbaren Folgen darstellt; es ist der Chemie gelungen, aus zweifellos zur toten Natur gehörenden Stoffen, aus der Kohle und dem Kalk, organische Verbindungen, und zwar den Essig und den Spiritus in folgender Weise herzustellen:

Durch Erhitzung eines Gemisches von Kohle und Kalkstein in einem gewöhnlichen Ofen erhält man bekanntlich den gebrannten Kalk, der schon seit Jahrtausenden zur Mörtelbereitung dient. Wirft aber eine weit höhere Temperatur, die nur im elektrischen Ofen erzielt werden kann, auf ein solches Gemisch, so geht der Kalk mit der Kohle eine Verbindung ein, die den Namen Kalziumkarbid oder kurzweg Karbid führt. Wird dieses Karbid mit kaltem Wasser übergossen, so entsteht ein Gas, das entweicht, das Azetylengas, das bekanntlich schon seit einer Reihe von Jahren zu Beleuchtungszwecken und als Schweißmittel in so großer Menge verwendet wird, daß zahlreiche Fabriken sich mit seiner Herstellung befassen.

Dieses Azetylengas hat nun einige merkwürdige Eigenschaften, besonders die, ein Molekül Wasser in sich aufzunehmen, wenn man es durch angesäuertes Wasser leitet; das Azetylen verwandelt sich dabei in Azetaldehyd. Dieses Azetaldehyd kann nun auf elektrischem Wege in vielfacher Beziehung umgewandelt werden, woraus sehr wichtige und wertvolle Verbindungen entstehen. Wird ihm noch einem besonderen Verfahren Sauerstoff zugefügt, dann entsteht aus ihm die Essigsäure, aus der der Essigäther und der Speiseessig mit Leichtigkeit gewonnen wird, also organische Verbindungen, die bis dahin nur unter Mitwirkung von Organismen erhalten werden konnten. Die Essigsäure wurde bekanntlich aus dem Kartoffelspiritus, und die konzentrierte Essigsäure oder Essigessenz aus dem Holzessig gewonnen.

Wird aber dem Aldehyd, das die chemische Formel CH_3COH hat, anstatt des Sauerstoffs Wasserstoff zugeführt, dann wandelt es sich in Aethylalkohol oder Spiritus um, und das ist wohl die gewaltigste und folgenschwerste Errungenschaft dieser chemischen Großtat. Wir haben hier also eine direkte Umwandlung von Kohle und Kalk, also anorganischer Stoffe in organische, als welche Essig und Alkohol unbedingt anzusehen sind.

Die Tragweite dieser Erfindung können wir erst ermessen, wenn wir bedenken, daß zur Gewinnung des Spiritus bisher ganz ungeheure Mengen von organischen Stoffen, also Getreide und vor allen Dingen Kartoffeln gebraucht werden mußten. Millionen von Zentnern Kartoffeln wanderten jährlich in die Brennereien, um den nötigen Spiritus zu erzeugen; diese Millionen wurden dadurch aber ihrem eigentlichen Zwecke, den Menschen und Tieren als Nahrung zu dienen, entzogen. Wenn diese gewaltigen Mengen in Zukunft ohne Abzug der Ernährung zur Verfügung gestellt werden können, dann ist jedes Land, das Getreide und Kartoffeln baut, in viel größerem Maße von der Einfuhr aus andern Ländern unabhängig gemacht, dann wird die Knappheit an diesen Nahrungsmitteln in der Weise, wie sie der Weltkrieg in den kriegführenden wie den neutralen Ländern hervorgerufen hat, nicht mehr vorkommen können. Und je unabhängiger ein Land in seiner Versorgung dasteht, desto besser ist es zum Krieg und zum Durchhalten gerüstet und desto leichter kann es seine Neutralität bewahren, wie uns der Weltkrieg hinreichend gelehrt hat.

Manches Land kann heute seinen Spiritus aus eignem Material nicht erzeugen, da ihm dazu die nötigen Anbauflächen für Kartoffeln vollständig fehlen; nach der neuen Methode der Spiritusgewinnung fällt aber diese Bedingung vollständig weg; da handelt es sich nur um verhältnismäßig geringe Mengen von Kohle, die sich jedes Land, wenn es auch selbst keine Bergwerke besitzt, leicht beschaffen kann. Denn die Kohle ist sehr ergiebig, da aus 1000 Kilo Karbid 500 Liter reiner Spiritus gewonnen werden können. Von ganz besonderem Vorteil wird das neue Verfahren nach dem Kriege für Deutschland sein, das in der Kartoffelerzeugung an erster Stelle steht. Es werden sich daraus volkswirtschaftliche Folgen ergeben, die heute noch ganz unübersehbar sind.

Im Zusammenhang hiermit gewinnt auch die Mitteilung erhöhtes Interesse, die in der Generalversammlung der Th. Goldschmidt-A.-G. in Essen über die finanzielle Seite wichtiger neuer Verfahren dieser Gesellschaft gemacht wurden. Es handelt sich um die synthetische Gewinnung von Benzin und die damit in engster Verbindung stehenden Arbeiten zu einer besseren Ausnutzung der Kohle. Um diese Erfindungen auf eine breite Grundlage zu stellen, hat sich diese Gesellschaft mit der First Hendel von Donnersmarckschen Generaldirektion und Robert Friedländer in Berlin zu einem Kohlenkonsortium für Kohlenchemie mit 30 Millionen Mark Kapital zusammengetan. Die Geschäfte des Konsortiums werden von der Erdölverwertungs-A.-G. geführt, deren sämtliche Aktien sich im Besitz der Th. Goldschmidt-A.-G. befinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180813-18/fragment/page=0003

Aus der Provinz.

Zuschläge zum Kriegswitwen- und Kriegswaisen-Geld.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1918 erhalten die Hinterbliebenen von **Militärpersonen der Unterklassen** aus dem gegenwärtigen Kriege, die **Kriegswitwengeld oder Kriegswaisengeld** gemäß §§ 19, 26, 44, 49 des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907, § 2 Abs. 1 des Luftfahrerfürsorgegesetzes vom 29. Juni 1912 empfangen, Zuschläge zu diesen Kriegsversorgungsgebührnissen.

Voraussetzung ist, daß die Hinterbliebenen Familienunterstützung auf Grund des Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 beziehen oder bezogen haben.

Die Zuschläge betragen ohne Rücksicht auf den Dienstgrad des Verstorbenen monatlich:

für die Witwe	8.— M.
für die Halbwaise	3.— M.
für die Vollwaise	4.— M.

Die Zuschläge zu dem Kriegswaisengeld werden nur bis zum vollendeten 16. Lebensjahr gezahlt.

Die Zuschläge gelten als Vorschüsse für den Fall, daß später eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit mit rückwirkender Kraft eintritt. Die Zahlung der Zuschläge erfolgt gegen Vorlage einer Bescheinigung des Gemeindevorstehers usw. über die gezahlte Familienunterstützung, die bei der Postanstalt verbleibt. Die Bescheinigung ist der Postanstalt, die das Kriegswitwengeld zu zahlen hat, vorzulegen. Diese Postanstalt zahlt die Zuschläge gegen Quittung und Angabe der Stammkartennummer und verabfolgt auch die Quittungsvordrucke. Die erste Quittung wird durch die Postanstalt ausgefertigt, die spätere Quittungsanfertigung hat der Empfänger zu besorgen. Die Zuschläge sind erstmalig sogleich bei der Ablieferung der Bescheinigung der Ortsbehörde fällig, später aber zusammen mit den Kriegsversorgungsgebührnissen gegen besondere Quittung abzuheben.

Die Bescheinigungen werden von dem Gemeindevorsteher kostenlos ausgestellt werden.

*

Den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen aus dem gegenwärtigen Kriege, die Kriegswitwengeld oder Kriegswaisengeld gemäß §§ 19, 26, 44, 49 des Kriegshinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907, § 2 Abs. 1 des Luftfahrerfürsorgegesetzes vom 29. Juni 1912 empfangen, die aber keine Familienunterstützung auf Grund des oben erwähnten Gesetzes beziehen oder bezogen haben, können mit Wirkung vom 1. Juli 1918 an auf Antrag im Bedürfnisfalle Zuschläge zu diesen Kriegsversorgungsgebührnissen bewilligt werden.

Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen von Militärpersonen aus früheren Kriegen, die Kriegsversorgung auf Grund der §§ 94 und 96 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 und der §§ 14 und 15 a. B. des Kriegsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1901 empfangen. Die Anträge sind an das für den Wohnsitz der Antragsteller zuständige Versorgungsamt zu richten.

Das Versorgungsamt hat durch Anfrage bei dem Gemeindevorsteher usw. festzustellen, ob ein Bedürfnis zur Gewährung des Zuschlages vorliegt. Von kleinlichen Ermittlungen über die Einkommen- usw. Verhältnisse seitens der Gemeindevorsteher kann hierbei abgesehen werden. Die Anweisung der Zuschläge seitens der Versorgungsämter erfolgt in gleicher Weise wie bei den widerruflichen Zuwendungen. Die oberwähnten Bestimmungen gelten auch hier sinngemäß.

Weißenfels. Ablieferung von unbrauchbarem Schuhwerk und Lederabfällen. Amtlich wird bekanntgegeben: Die Annahmestellen für getragene Kleidung usw. für den Stadt- und Landkreis Weißenfels nehmen auch alle nicht mehr wiederherstellbaren Schuhe, Pantoffeln, Schlappen usw., soweit an diesem Schuhwerk Lederteile vorhanden sind, und alle von solchem stammenden Lederabfälle an. Die Lederknappheit ist eine sehr große. Für den einzelnen sind solches Schuhwerk und Lederabfälle wertlos, durch sachgemäße Verarbeitung in den Altlederlägern der Reichsbekleidungsstelle werden sie aber der Allgemeinheit wieder nutzbar gemacht und auf diesem Wege Ersatz für neues Leder geschaffen. Es ist also vaterländische Pflicht, jedes unbrauchbare Schuhwerk — und mag es noch so schlecht sein — und von diesem stammende Lederabfälle abzuliefern.

Zeitz. Lebensmittel-Verteilung. In der Woche vom 12. bis 18. August gelangen auf Lebensmittelmarken zur Verteilung: Nr. 182: 50 Gramm Suppen, in Würselform oder lose, je nach Vorrat, Preis 10 Pf., am Donnerstag dort, wo die Ware bestellt ist; Nr. 183: 100 Gramm ff. Suppenmehl, Preis 8 Pf., am Sonnabend in den durch Aushang kenntlichen Geschäften; auf Brotaufstrichkarte, Abschnitt 36: 150 Gramm Auslandsmarmelade, Preis 51 Pf., am Freitag in den durch Aushang kenntlichen Geschäften. Die Lebensmittelmarken 182 sind dem Händler bis Montag, den 12. August, abends vorzulegen. Was dahin nicht vorgelegte Marken gelten als verfallen.

— Butterverkauf findet am Dienstag, den 13. August, von nachmittags 2 Uhr ab statt, und zwar 80 Gramm auf die Butterkarte von 5. bis 18. August, Preis 49 Pf. Bezirk 7: F. E. Hartschlag, Stephansstraße, Carl Brager, Stephansstraße, Herm. Henschel, Gerger Straße. Bezirk 8: Konsum-Verein, Auenstraße, Max Quarg, Leipziger Straße 26, Emil Panzer, Leipziger Straße, Oskar Franke, Donatisstraße, Fr. Reichardt, Donatisstraße, Joh. Hadrian, Schäferstraße. Bezirk 1: Ida Schuchardt, Kaiser-Wilhelm-Straße, Konsum-Verein, Kaiser-Wilhelm-Straße, Karl Kämpfe, Kaiser-Wilhelm-Straße, Ernst Ulrich, Kaiser-Jahn-Straße, Emilie Bergter, Kaiser-Jahn-Straße, Witwe Landgraf, Bismarckstraße, Ewald Rose, Hospitalstraße.

Bedwitz. Lebensmittelsorgen ländlicher Industriearbeiter. Wenn ein Arbeiter aus den hiesigen Industriedörfern in der Zeitung liest über die Verteilung von Graupen, Nudeln, teilweise 5 Pfund Kartoffeln, Grieß, Honig und dergleichen mehr, dann läuft uns Arbeitern aus den Industriedörfern das Wasser im Munde zusammen. Denn hier gibt es 3 Pfund Brot (wenn man den Kleister Brot nennen kann), und man muß froh sein, wenn man dasselbe überhaupt bekommt, weil oftmals kein Mehl da ist. Weiter gibt es 2 bis 3 Pfund Kartoffeln die Woche — das ist aber auch alles, sonst gibt es nichts, gar nichts. Damit soll nun ein Grubenarbeiter auskommen. Und wie sieht es mit der Schwerstarbeiterzulage aus? Die Zusatzkarten soll es ja vom Werke geben, wo man beschäftigt ist, aber auf Grube Milly und Marianne scheinen keine hinzukommen, denn Brotzusatzkarten haben wir hier überhaupt noch nicht zu sehen bekommen. Butter gab es im Winter hin und wieder mal für 30 Pf., dann wurde so um Ostern bekannt gemacht, daß es vier Wochen keine Zulagbutter geben sollte. Jetzt ist nun aber schon Mitte August, und wir sehen immer noch nichts von der Butter, was um so schwerer empfunden wird, da es von der Gemeinde auch nur alle 2 bis 3 Wochen 40 Gramm gibt. Nun soll an Lebensmitteln nichts heimlich getauft werden. Aber wer soll denn mit dem, was wir zugewiesen bekommen, leben? Da muß jeder sehen, wo er bleibt. Die Folge ist unerhörtester Wucher. Für Roggen werden hier Preise von 70 bis 90 M. für einen Zentner verund auch bezahlt, und wer ein paar Kartoffeln im Garten hat, der reißt dieselben grün heraus, trotzdem man dreimal soviel ernten könnte, wenn sie noch vier Wochen wachsen könnten. Wer hier aber fremd ist und keinen Garten und keine Bekannten hat, der muß hungern. Denn mit einem Tagelohn von 5 bis 7 M. kann er keine Sprünge machen. Die Forderung alle Sonntag Nacht wird auch noch beibehalten, trotz der schlechten Ernährungsweise. Daß die Leute auch leben und ruhen müssen, dafür ist hier, wie es scheint, kein Verständnis.

Seehausen i. Altmark. Familien-Tragödie. In dem benachbarten Dorfe Wiebaum geriet der Grundbesitzer Friedrich Koch und dessen zweite Frau mit der etwa 30jährigen kränklichen Tochter Ida in Streit wegen Geldangelegenheiten. Der Zank führte zu Tätlichkeiten, so daß der benachbarte Gemeindevorsteher Hedicke schlichtend eingreifen mußte. Die Tochter sagte: „Ihr werdet noch an mich denken." Als die betagten Eltern zeitig zu Bett gingen, legte die Tochter Feuer an, verließ das Haus, eilte zur Bahnstrecke Stendal—Wittenberge und stieß sich in der Nähe der Aland-Brücke vom Zug totfahren. Das Feuer vernichtete das Wohnhaus. Die beiden alten Leute konnten durch herbeieilende Ortsbewohner gerettet werden.

Bekanntmachung

über das Inkrafttreten von Vorschriften der Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst der Ernte 1918 vom 19. Juli 1918.

Die vorstehend angeführte Verordnung (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli) ist auf Anordnung des Vorsitzenden der Reichsstelle für Gemüse und Obst bezüglich des Herbstobstes am 5. August 1918 in Kraft getreten.

Halle, den 12. August 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung

betr. Vorräte früherer Ernten.

Nach § 76 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 sind alle Personen, die mit Beginn des **16. August 1918 Vorräte früherer Ernten an Getreide und Hülsenfrüchten** oder an **Mehl aus Brotgetreide und Gerste, allein** oder mit anderem Mehl **gemischt, sowie an Schrot, Graupen, Grütze, Flocken, allein oder mit anderen Nahrungs- oder Futtermitteln gemischt, in Gewahrsam haben, verpflichtet, sie dem Magistrat — Kriegsbrotausschuß — bis zum 20. August 1918,** getrennt nach Arten und Eigentümern, anzuzeigen.

Vorräte, die zu dieser Zeit unterwegs sind, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfange dem Magistrat anzuzeigen.

Halle, den 9. August 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

1. Die Reichsstelle und die Provinzialstelle für Gemüse und Obst haben die Beschlagnahme von Tafelbirnen und Aepfeln, Wirtschaftsobst (Birnen und Aepfel), Pflaumen und Zwetschen angeordnet. Die Obstpächter und Obstbesitzer dürfen nur das für ihren eigenen Bedarf nötige Obst verwerten, im übrigen höchstens zwei Pfund an andere Personen an ein und demselben Tage am Orte abgeben. Versand nach außerhalb ist verboten. Wir fordern hierdurch alle Obstbesitzer im Stadtkreis Halle auf, das hiernach bei ihnen übrigbleibende Obst bei der örtlichen Sammelstelle, Obstgroßhändler Herrn Richard Kannegießer, Halle, Unterberg 6, Telephon Nr. 6372, anzumelden und dort abzuliefern.

Der Preis für Tafeläpfel und Birnen beträgt 35 M., für gute Wirtschaftsäpfel und Birnen 15 M., für kleine Pflaumen 30 M., Hauspflaumen 20 M., für Brennzwetschen 10 M. für den Zentner.

Jedem Abliefernden hat die Sammelstelle als Ausweis über die erfolgte Ablieferung einen grünen Schlußschein auszustellen, welcher in der linken oberen Ecke den Magistratsstempel, in der rechten oberen Ecke die laufende Nummer zu tragen hat.

2. Die vorstehende Bekanntmachung gilt nicht für Edelobst im Sinne der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 31. Juli 1918. Edelobst wird durch die Reichsstelle für Gemüse und Obst und deren Organe bewirtschaftet. Erzeuger, welche Edelobst absetzen wollen, haben dies der Geschäftsstelle für Gemüse und Obst im Stadternährungsamt, Zimmer 19, mitzuteilen; diese vermittelt die Verwertung.

Halle, den 12. August 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung

über Erzeugerhöchstpreise für Obst.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Der Preis für die folgenden Obstsorten darf beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Pfund nicht übersteigen:

1. Aepfel und Birnen.

Gruppe I: Tafelobst 0.35 Mark.

Tafelobst sind alle gepflückten, nach ihrer Beschaffenheit sofort oder nach Ablagerung zum Rohgenuß geeigneten Früchte unter Ausscheidung sämtlicher kleinen, verkrüppelten und beschädigten Früchte und mit Ausnahme von Edelobst.

Gruppe II: Wirtschaftsobst 0.15 Mark.

Wirtschaftsobst ist alles Schüttel-, Most- und Fallobst sowie das aus der Gruppe I ausgeschiedene Obst, soweit es für die Herstellung von Marmelade, zum Kochen, Dörren und zu sonstigen Wirtschaftszwecken geeignet ist.

2. Zwetschen.

Zwetschen, Hauspflaumen, Hauszwetschen, Muspflaumen, Bauernpflaumen, Tylitzinger Pflaumen mit Ausnahme der Brennzwetschen	0.20 M.
Brennzwetschen	0.10 M.

§ 2.

Für Edelobst (Aepfel und Birnen) wird kein einheitlicher Höchstpreis festgesetzt. Hierfür darf dem Erzeuger durch die Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst oder die von diesen bestimmten Stellen ein nach Güte und Verwertbarkeit des Obstes zu bemessender höherer Preis als 35 Pf. bis zu 80 Pf. je Pfund, in besonderen Ausnahmefällen bis zu 100 Pf. je Pfund gewährt werden.

Als Edelobst kommt ausschließlich allerfeinstes, schon bisher in Stückfrüchten gehandeltes Obst in Betracht, das vollkommen ausgebildet, ohne Schönheitsfehler und ohne Beschädigungen sein, den anerkannt besten Sorten angehören, das für die betreffende Sorte gültige Mindestgewicht aufweisen und beim Versand so sorgfältig verpackt sein muß, daß eine gute Ankunft gewährleistet ist.

§ 3.

Auf den Erzeugerpreis von Tafeläpfel und Tafelbirnen dürfen Aufbewahrungszuschläge berechnet werden, und zwar für die Zeit

vom 16. Oktober bis 31. Oktober je Ztr. 3 M.
vom 1. November bis 15. November je Ztr. 2 M.
vom 16. November bis 30. November je Ztr. 2 M.

und dann je Monat und Zentner 2 Mark mehr.

Für Wirtschaftsobst dürfen Aufbewahrungszuschläge nicht gewährt werden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 31. Juli 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende.
gez. v. Tilly.

Wir bringen die vorstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß die Verwertung von Edelobst durch Vermittlung der Geschäftsstelle für Obst und Gemüse im Stadternährungsamt, Zimmer 19, erfolgt. An diese haben sich Erzeuger, welche Edelobst absetzen wollen, zu wenden.

Halle, den 12. August 1918. **Der Magistrat.**

Ausschreibung.

Der **Abbruch** eines Teiles der Gebäude des Grundstücks **Pulverweiden Nr. 3 „Goldene Egge"** soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden.

Mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis

Donnerstag, den 15. August 1918, vormittags 10 Uhr

an das Magistrats-Büro I — Hochbau — Zimmer Nr. 106 des Sparkassengebäudes, Rathausstraße 6 II, einzureichen. Die Verdingungsunterlagen liegen von 10—1 Uhr vormittags im Zimmer Nr. 111 **des Hochbauamts, Rathausstraße 6 II,** zur Einsicht aus, woselbst auch die Verdingungsanschläge, soweit vorrätig, entnommen werden können.

Zuschlagsfrist eine Woche.

Halle (Saale), den 10. August 1918.

Städtisches Hochbauamt.

Tüchtige Brunnenbauer
für sofort oder später gesucht. [1450
Gebrüder Hamann, Magdeburg,
Verlängerter Lorenzweg.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau.
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei/Sonntagszeitung/Deutsche Modenzeitung

Maurer und [1433
Arbeiter
für dauernde Arbeit gesucht
Herm. Pfeiffer
Baugeschäft, Ulestraße 3.

Bad Wittekind.
Mittwoch, 14. August, abends 8 Uhr:
Abendkonzert
vom [1453
Stadttheater-Orchester.
Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 Pf., Kinder 20 Pf.
Dauerkarten sind gültig.

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 43, p. r.

Gebraucht. Möbel, Matratzen
Betten u. Bettfedern verkauft
R. Sachse, [1438
Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Papier kauft
Alb. Bode jun., Große Klausstr. 22.

Schuhe
werden mit **Lederstücken** und **Lederriemen** besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180813-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 185. Halle, Dienstag den 13. August 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 13. August 1918.

Sitzung der Stadtverordneten

Montag, den 12. August.

Tagesordnung.

Oeffentliche Sitzung.

1. Gründung eines Selbstversicherungsfonds für Sachschäden.
2. Gewährung von Zuschüssen zur Schaffung von Kleinwohnungen.
3. Gründung von zwei Stellen für Schulpflegerinnen.
4. Bewilligung eines Zuschusses zur Kriegshinterbliebenenfürsorge.
5. desgl.
6. Umwandlung von Lehrstellen.
7. Nachbewilligung für die Feuerwehr.
8. Inreststellung von Etatsmitteln für bauliche Unterhaltungen usw.
9. Uebertragung von Rechnungsresten.
10. Nachbewilligung von Besoldungsmehrkosten.
11. Vermietung des II. Obergeschosses in Kurallee 12.
12. Beihilfe für fahrbare Kriegsbücherei.
13. Rentenzahlung an Stiftsinsassen.
14. Entlastung der Rechnung der Steuerkasse 1914.
15. desgl. der Steuerkasse 1915.
16. desgl. des Alters- und Pflegeheims 1915.
17. desgl. der Brumhardstiftung usw. 1915.
18. desgl. der Gewerblichen Fortbildungsschule 1916.
19. desgl. der Kämmerei, Kap. I—VI.
20. desgl. „ „ „ VII—IX.
21. desgl. „ „ „ XI.
22. desgl. „ „ „ XII und XIII.
23. desgl. „ „ „ XIV—XX.
24. desgl. der Kleiderkasse 1914.
25. desgl. „ „ 1915.
26. desgl. der kaufmännischen Fortbildungsschule 1916.
27. desgl. der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen 1916.
28. desgl. des Leihamts 1914.
29. desgl. des Pflasterungsfonds 1914.
30. desgl. der Ritterschen Stiftung 1916.
31. desgl. „ „ 1917.

Nichtöffentliche Sitzung.

32—34. Armenpflegerwahlen.
35—36. Schiedsmannswahlen.
37—39. Anstellung von Lehrerinnen.
40. Pensionierung eines Beamten.
41. desgl.
42. Annahme eines Kapitals für Grabpflege.
43. Verrechnung einer Abfindung.
44. Gesuch um Belassung einer Jahresrente.

Es wird zunächst Stellung genommen zu zwei **Petitionen des Bundes für Kriegsbeschädigte.** Darin wird um größere Rücksichtnahme auf die Kriegsbeschädigten gebeten, zunächst bei der Straßenbahn, und dann bei Benutzung des städtischen Bades. Beide Petitionen werden dem Magistrat zur Erwägung überwiesen, da es sich um reine Verwaltungsfragen handele.

Ein Gesuch des **Verbandes der Deutschen Privatgärtner** um Beihilfe zur Unterstützung notleidender Mitglieder beziehentlich Hinterbliebener. Darüber wird zur Tagesordnung übergegangen. Weitere ähnliche Ersuchen werden dem Magistrat als Material überwiesen.

Zum **ersten** Punkte der Tagesordnung: **Gründung eines Selbstversicherungsfonds für Sachschäden,** wird mitgeteilt, daß die Stadt durch Vertrag mit der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft „Atlas", Ludwigshafen, gegen alle diejenigen Verbindlichkeiten, die sich auf Grund der in Deutschland geltenden aber während der Dauer des Kriegs in Kraft tretenden Haftpflichtbestimmungen ergeben, versichert sei. Dieser Vertrag sei aber nur bei Personenschäden ausreichend, während er bei Sachschäden auf die Grenze von 20 000 M. beschränkt wäre. Für höhere Schäden müsse im letzten Falle die Stadt selbst eintreten. Bei einem vorgekommenen Falle habe die Stadt 2672.89 M. beisteuern müssen. Das hat den Magistrat veranlaßt, zu erwägen, wie ein höherer Versicherungsschutz zu erreichen sei. Verhandlungen mit der Gesellschaft „Atlas" hatten keinen Erfolg, ebensowenig solche mit anderen Gesellschaften. Schließlich ist man zum System der Selbstversicherung gekommen, wozu ein **Grundfonds** von 25 000 M. bereitgestellt werden soll. Diesem Fonds sollen dann weitere 5000 M. aus Gemeindemitteln zugeführt werden, nebst den Zinsen. Berichterstatter Stadtv. Georg empfiehlt die Annahme der Vorlage, was debattelos geschieht.

Für den **zweiten** Punkt der Tagesordnung: **Gewährung von Zuschüssen zur Schaffung von Kleinwohnungen,** haben wir bereits in der gestrigen Nummer unseres Blattes eine ausführliche Begründung der hierzu gestellten Magistratsvorlage gebracht. Dort wird mitgeteilt, daß für diesen Zweck **zunächst** 100 000 M. aus dem Kriegsfonds zur Verfügung gestellt werden. Die gestern veröffentlichte Begründung der Vorlage haben wir mit einer kurzen Einleitung versehen, und darin **unsere Ansicht** dargelegt.

Aus den Beratungen der Stadtverordneten über diesen Punkt ist folgendes zu berichten:

Berichterstatter Stadtv. Gradehand bemerkt, daß die herrschende Wohnungsnot als Folge des Krieges anzusehen und den Gemeinden nicht zugemutet werden könne, die so schwierige Frage zu lösen. An einigen Beispielen beleuchtet er die großen Schwierigkeiten, die sich ergeben, wo man den Versuch machte, durch Ausbau von Häusern bestehenzilich Wohnungen helfend einzugreifen.

Stadtv. Osterburg vertritt den Standpunkt, daß die Gemeinde sehr wohl die Aufgabe habe, **selbst zu bauen** und dadurch fördernd zu wirken. Insofern gehe ihm die Vorlage nicht weit genug. Als Redner in seinen Ausführungen auch die Bemerkung machte, daß die Lebenslage der Bevölkerung gesunken sei, erhob sich Widerspruch. Augenscheinlich war die Versammlung der Ansicht, daß durch die Hebung der Löhne auch die Lebenslage der Bevölkerung gehoben worden sei. Redner bringt die Wohnungsfrage in Zusammenhang mit der gesamten sozialen Lage der breiten Bevölkerungsschichten, um zu zeigen, daß sie nur ein Bestandteil der sozialen Frage ist.

Stadtv. Balke geht die Vorlage gleichfalls nicht weit genug und er verweist auf Erfurt, wo man 1 Million Mark für den gleichen Zweck angesetzt habe. Redner legt jedoch Gewicht darauf, daß die Vorlage nur von einer **vorläufigen Ausgabe** rede und hoffentlich später mehr bewilligt werde. Im allgemeinen müsse das Reich die Hauptrolle bei der Lösung der Wohnungsfrage spielen. Er hält für Halle die Beschaffung von mindestens 150 neuen Wohnungen im nächsten Jahre für absolut nötig. Auch sei es höchste Zeit, daß in Halle ein **Mieteinigungsamt geschaffen werde.**

Oberbürgermeister Dr. Rive hielt eine längere Rede und stimmte den Schilderungen über die Wohnungsnot zu, ist aber der Ansicht, daß es den Städten ebenso an der nötigen Macht, wie an dem nötigen Gelde fehle, um die Wohnungsfrage lösen zu können. Wenn in Erfurt eine Million Mark jetzt für den Zweck ausgeworfen sei, so sei das darauf zurückzuführen, daß dort eine bedeutende **Munitionsindustrie** vorhanden sei und infolgendessen die Einwohnerzahl zugenommen habe, in Halle liege es umgekehrt. In Halle habe die Einwohnerzahl während des Krieges **abgenommen.** Darum sei hier zwar auch Wohnungsmangel, aber doch nicht eine so schlimme Wohnungsnot, wie anderwärts. Mit Geld und Gesetzen sei in der Wohnungsfrage wenig zu machen, denn sie sei in erster Linie eine **Bodenfrage.** Die Gemeinde müsse suchen, nach und nach recht viel **eigenen** Boden zu erwerben, um so den **Bodenmarkt** beeinflussen zu können, nicht zu Spekulationszwecken, sondern im Gegenteil. Redner zitiert eine längere Auslassung des preußischen Finanzministers zur selben Frage und zeigt, daß dieser ähnliche Ansichten vertritt. Nun sei es notwendig, mal an den Fiskus heranzutreten, um zu sehen, ob dort die Praxis mit der Theorie im Einklange stehe. Bisher habe man darin aber wenig günstige Erfahrungen gesammelt.

Auf eine Eingabe um Ueberlassung von Domänengelände habe der Minister geantwortet, daß er **gesetzlich** verpflichtet sei, solches Gelände **nicht unter Tageswert** zu verkaufen. **Selbst die ernstesten sozialen Momente** könnten diese gesetzliche Sachlage nicht ändern. (Hört, hört!) **Was müsse das für ein Gesetz sein?** — Wenn ein Ministerium nicht energisch darauf dringe, daß ein **solches** Gesetz sofort verschwinde, so könne man darüber nur seine Verwunderung äußern. Die Errichtung eines Mieteinigungsamtes sei in die Wege geleitet. Bisher habe es immer an geeigneten Personen und Räumen gemangelt, doch bestehe Hoffnung, diese Schwierigkeiten baldigst zu beheben.

Stadtv. Giese ist gegen die Vorlage, weil es Pflicht des Staates sei, hier einzugreifen.

Stadtv. Prof. Finger hält die Frage mehr für eine **Materialfrage.** Gibt es genügend Material und Arbeitskräfte, so kann man derlei Nützliches zu leisten. Redner ist gegen die Auffassung, daß hier die Gemeinden nichts zu tun hätten. Ihre Mitwirkung könne sehr wohl nützlich wirken und sei also darum auch nötig. Der lange Krieg habe Wirkungen hervorgerufen, die in vielen Beziehungen eine Rückkehr in frühere Verhältnisse unmöglich machen. So würden wir zum Beispiel unsere Ansprüche an eine gute Wohnung etwas herabmindern müssen, wenigstens müsse das Wohnungsamt manche Wohnung als zulässig bezeichnen, die es bisher als unbewohnbar erklärt habe. Man müsse sich gegen diejenigen wenden, die **Wohnungslxus** treiben. Redner stellt einen Antrag, worin **Erhebungen** über etwaigen Wohnungslxus angestellt werden sollen, um, darauf fußend, ihm entgegenwirken zu können.

Stadtv. Berghans stellt sich, wie Stadtv. Giese, auf den Standpunkt, daß die Gemeinde hier nicht einzugreifen habe.

Stadtv. Herzau hält diesen Standpunkt für Friedenszeiten gerechtfertigt, aber nicht für jetzt.

Darauf wird **die Magistratsvorlage** gegen drei Stimmen **angenommen.** Ebenso der Antrag Finger gegen eine größere Minderheit.

Zum **dritten** Punkt: **Gründung von zwei Stellen für Schulpflegerinnen,** sagt die Magistratsvorlage, es sei das zunächst ein Versuch. Zwei **sozial geschulte** Frauen, die aber **keine Beamteneigenschaft** erhalten, sollen mit je einem Gehalte von 1800 M. (ausschließlich der üblichen Teuerungszulagen usw.) angestellt werden. Die Anstellung soll durch das **Jugendamt** erfolgen. Die steigende sittliche Verwahrlosung und die Straffälligkeit der Schuljugend habe ihren Grund meist in ungeordneten Verhältnissen des betreffenden **Elternhauses.** Durch geeignete Beeinflussung desselben, oder durch entsprechende Fürsorgemaßnahmen (Hortepflege, Kinderspeisung, Ferienkolonien usw.) soll rechtzeitig geholfen werden. **Aufgabe der Schulpflegerinnen** solle sein, alle Fälle von geistiger, sittlicher und körperlicher Kindernot nachzuprüfen, ihre Ursache festzustellen, und durch Einleitung oder Vermittlung geeigneter Fürsorge Abhilfe zu schaffen. Mit dieser neuen Art sozialer Fürsorge werde sich die Stadtgemeinde voraussichtlich auch noch nach dem Kriege befassen. Vorläufig solle mit der Anstellung der zwei Pflegerinnen ein Versuch gemacht werden und auf den hiermit gesammelten Erfahrungen müsse weitergebaut werden.

Berichterstatter Stadtv. Kühne geht auf den etwa auftauchenden Zweifel ein, ob es gut sein könne, diese Pflegerinnen dem

---

Ein Fehltritt.

13] Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus von Fritz Ritzel (Mainz).

(Nachdruck verboten.)

5.

Ein Totschlag.

Es war nun fast ein halbes Jahr verflossen, seitdem Paul Höfer von Berlin zurückgekehrt war und mit der ihm eigenen Energie und Schaffensfreude die Zügel der Verwaltung auf dem väterlichen Hofe ergriffen hatte. Sein Wirken gereichte dem ganzen Anwesen unbedingt zum Segen, denn nicht nur, daß die Arbeiten in Haus, Hof und Feld unter der Mitwirkung seiner rüstigen Kraft eine Beschleunigung erfuhren — er verstand es auch, einen ganz anderen Geist wie ehedem in das Gesinde zu bringen, so daß sein Vater sich oft verwundert fragte, wie es der junge Mann nur möglich machte, daß sich jetzt alles so glatt abwickelte. Die Klagen des alten Nikolaus und der Bärbel über die Unbotmäßigkeit der Knechte und Mägde waren verstummt; jeden Zwist der zwischen den Leuten ausbrach, wußte Paul mit bestimmtem Ernst beizulegen, ohne dabei jemals seine Ruhe zu verlieren. Dabei behandelte er die Untergebenen mit einem freundlichen Wohlwollen, unterwies die Ungeschickten, ohne herben Tadel an seine Belehrungen zu knüpfen, griff bei jeder, auch der geringsten Arbeit selbst herzhaft mit an und hatte es so in verhältnismäßig kurzer Zeit dahin gebracht, daß in allem, was zu tun und lassen war, seine Anordnungen eingehalt und gewissenhaft befolgt wurden. Dabei hielt er es durchaus nicht unter seiner Würde, in den Mußestunden und auch während der Arbeit freundliche Scherzworte mit Knechten und Mägden zu wechseln, ohne sich aber dabei jemals das Geringste zu vergeben; kein Wunder, daß ihn deshalb die Leute sowohl achteten, wie auch sich zu ihm hingezogen fühlten.

Wenn dann abends nach dem Nachtessen, nachdem das Gesinde weggegangen war, Paul mit dem Vater und dem alten Nikolaus noch ein Stündchen in der großen Eßstube zusammensaß und mit den beiden Alten die abgetane Arbeit besprach, dann meinte der alte Höfer:

„Der Paul hots los, des muß ich sage; er packt alles am rechte End an, do fleckts!"

Und der alte Nikolaus nahm die Pfeife aus dem Mund, nickte bestätigend und setzte hinzu:

„Alles was wahr is; er verstehts besser wie wir Alte mit der Arbeit fertig zu wern un verstehts auch besser, mit de Leit umzugehe! Nur aans versteht er noch nit un wills nit verkehe — daß er endlich e richtig Fraa ins Haus bringt!"

Paul stopfte dann schweigend seine Pfeife, stand auf und entfernte sich unter dem Vorgeben, noch einmal im Stalle oder im Hof nach dem Rechten sehen zu wollen. Offenbar war ihm das von Nikolaus angeschlagene Thema zuwider.

So war es auch heute abend wieder gegangen. Der alte Höfer hatte sich nach Pauls Entfernung zu Nikolaus gewendet und hatte gesagt:

Dann halt doch aach des Maul, Nikelos! Du siehst jo, daß er pardu nin devun höre will! Je mehr mer in ihn hineinred, desto hockbaaniger werd er! Hätt awer aach aan Mensch gegloabt, daß die Geschicht jo ausgeht! Was bild sich mir die Dunsel ein? Waart sie vielleicht uff en Baron?"

„En schöner Baron! Sie soll jo nit dem Wiesenmüller seim nünutzige Bub Gehängsel angefange habe," erwiderte Nikolaus.

„Loß dich nit auslache, Nikelos! Den Dagdieb soll des Mädche meinn Paul vorziehe? Do müßt sie jo noch mehr wie verrückt sein!"

„Die Lieb is blind, hat mei Großmutter immer gesagt," meinte der alte Knecht. „Hot sie emol so e jung Ding in en schöne Kerl vergafft, im en sauberer Borsch is der Franz, das muß ihm der Neid lasse, dann is kaan Stern mehr der leucht!"

„Wenn der Schwindlershub dem alte Gottfried Lamprecht ins Haus kimmt" — polterte der Bauer dazwischen — „dann schmeißt ihn der hinaus, daß er Hals un Baan bricht!"

„Des waaß der Franz ganz gut — deswege geht er aach gar nit hin! Er brauchts jo aach gar nit!" Hämisch lächelnd stopfte sich bei diesen Worten der Nikolaus eine frische Pfeife.

„Er brauchts nit? Was soll dann des haahe? Wenn er des Mädche heirate will, muß er doch dem sein Leut erst drum froge!"

„Der will aber des Dortche gar nit heirate; dafor bin ich gut im Berg (Bürge)," erwiderte Nikolaus auf die Frage des Bauern. „Du waaßt doch Christian, daß die Dag mein Schwestersohn do gewese is. Der hot mir erzählt, daß dem Wiesenmüller sein Franz schon e halb Jahr lang der reiche Wittib von des Lenze Philipp, die wo in Westerhahn die Wertschaft hot, zu Gefalle geht. Vor verzehn Däg wärs richtig worn. Die zwea wärn mitenanner versproche."

„Gunne (gönnen) tät ichs ihr schon, dere dumme Gans!" sagte der alte Höfer. „Doch wer waaß, obs wahr is!"

Damit erhob er sich, trank das Glas Apfelwein, welches vor ihm stand, leer und begab sich nach einem „gute Nacht, Nikelos" in sein anstoßendes Schlafzimmer. Auch Nikolaus verließ gleich darauf die Stube.

Was der alte Knecht von seinem Schwestersohn erfahren und dem Bauern erzählt hatte, war nur zu wahr. Franz Schwind unterhielt schon seit annähernd einem halben Jahre ein zärtliches Verhältnis mit der reichen Witwe Lenz in Westerhahn, die, von dem hübschen Aeußern und dem gewandten Benehmen des Burschen bestochen, nichts gegen seine Bewerbung um ihre Hand einzuwenden hatte. Wahre Herzensneigung war es wohl nicht gewesen, die den Burschen zu der noch jungen und auffallend hübschen Frau zog, denn sowohl in Tiefenborn als in den Nachbarorten war er auf jedem Tanzboden zu finden und überall suchte er sich an die Töchter aus vermögenden Familien heranzudrängen. Seine Erscheinung wie auch sein schmeichlerisches Wesen gewannen ihm dabei in mehreren Fällen die Gunst der Schönen, so daß er in verschiedenen Orten von den einheimischen Burschen mit scheeAugen angesehen wurde und vor einigen Wochen in dem benachbarten Niederselbon gelegentlich einer Tanzmusik eine Tracht Prügel einheimste, die ihm zwang, einige Zeit in stiller Zurückgezogenheit zu verweilen, bis die äußeren Zeichen seiner Niederlage nicht mehr bemerkbar waren. Das schreckte diesen ländlichen Don Juan jedoch durchaus nicht von weiteren Unternehmungen ab. Mit zäher Beharrlichkeit verfolgte er den Plan, eine reiche Heirat zu machen, um für die Zukunft ein Herrenleben führen zu können, ohne arbeiten zu müssen. Dortchen Lamprecht wäre ihm wohl als Frau recht gewesen, doch mußte er sich selbst sagen, daß eine Bewerbung um dieses Mädchen für ihn vollständig aussichtslos war, und daß selbst dann, wenn es ihm und Dortchen gelingen würde, den unzweifelhaft heftigen Widerstand der Eltern zu besiegen von einem Leben, wie er sich es wünschte, nicht die Rede sein konnte. Der alte Lamprecht war als ein außerordentlich energischer und jähzorniger Mann bekannt — der würde dem Schwiegersohn schon seine leichtsinnigen Mucken austreiben und denselben zur Arbeit anhalten, daß ihm Hören und Sehen verging. Das bedachte Franz und das war durchaus nicht nach seinem Geschmack. Nach seinem Dafürhalten war die Arbeit nur für die Dummen vorhanden. Ein flotter Kerl, wie er, dem alle Frauenzimmer nachliefen, wäre ja nach seiner Ueberzeugung ein Esel, wenn er sich in ein derartiges Joch hätte einspannen lassen. Den Herrn zu spielen, andere für sich schaffen zu lassen, dazu fühlte er sich geboren; das konnte er aber nur, wenn er eine unabhängige vermögende Frau nahm, die keinen Anhang und besonders keine Eltern mehr hatte. Und als er zufällig vor einem halben Jahre in Westerhahn die schöne Witwe des verstorbenen Philipp Lenz kennen lernte, und dieselbe öfter sah, auch wahrzunehmen glaubte, daß die junge Frau ihn mit ganz besonders freundlichen Augen ansah, da unterließ er es nicht, sich häufig in Westerhahn einzufinden und halbe Tage lang im Gasthaus zum Goldenen Adler", welches Frau Lenz gehörte, zu verbringen. Die Liebesbeteuerungen, welche er an Dortchen Lamprecht verschwendete, hinderten ihn an diesen Besuchen nicht im geringsten und machten ihm keinerlei Skrupel; über die veraltete Anschauung, daß man ein gegebenes Versprechen halten müsse, war der sich hypermodern dünkende Franz Schwind längst hinaus. Wenn sich die Gelegenheit zum Lieben bot und er liebte nicht, dann war er nach seiner Auffassung ein Dummkopf. Die Liebesbeteuerungen, Küsse usw. machten doch auch den lieben jungen Mädchen Spaß und kosteten nichts — warum sollte er da nicht freigebig damit sein? Wenn er auch Dortchen Lamprecht aus erwähnten Gründen nicht heiraten konnte und wollte — warum sollte er das reizende Ding nicht herzen und küssen, so lange es so hübsch und hingebend war? Diese Dummheiten hörten schon von selbst auf, wenn Dortchen von seinem Verhältnis zu der schönen Wirtin erfuhr und war es ihm ganz recht, wenn sie aufhörten, denn obgleich Dortchen als eines der schönsten Mädchen im Dorfe gelten konnte, so war ihm ihr einfaches schlichtes Wesen doch auf die Dauer langweilig geworden, und nur der eitle Reiz, sie zu gewinnen, hatte ihn veranlaßt, sich an sie heranzudrängen. Dagegen verstand seine jetzige Braut, die schöne junge Wirtin, ihn mit allen Künsten der Koketterie, bald gewährend, bald versagend, zu fesseln und in Flammen zu setzen, so daß er die Vereinigung mit ihr mit einer gewissen leidenschaftlichen Begierde ersehnte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180813-18/fragment/page=0005

Jugendamt zu unterstellen, und führt mehrere Gründe an, die für Unterstellung unter das Jugendamt sprechen.

Stadtv. Völker hält es für richtiger, die Schulpflegerinnen dem Schulamt zu unterstellen. Beides stehe miteinander im Zusammenhang. Aus diesem Grunde beantragt Redner, die Vorlage nochmals an den Haushaltsausschuß zurückzuverweisen.

Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage bewilligt, aber die Frage, welchem Amte die Pflegerinnen unterstellt werden sollen, noch offen gelassen.

Die übrigen Punkte waren rein geschäftlicher Natur und wurden glatt erledigt.

---

* **Bankier Ernst und Anna Haassengier-Stiftung.** Am 28. Oktober d. J. findet wieder eine Verteilung der Zinserträgnisse der „Bankier Ernst und Anna Haassengier-Stiftung" statt. Die Zinserträgnisse sollen Künstlern und Kunstlerinnen bzw. Kunsthandwerkern zugute kommen. Berücksichtigt werden sollen vor allem: 1. auf dem Gebiete der Instrumentalmusik befähigte junge Leute; 2. begabte Maler und Malerinnen auf dem Gebiete der Oelmalkunst, der Landschafts-, Genre- und Porträtmalerei usw.; 3. talentvolle Bildhauer, Opern-, Oratorien- und Konzertsänger und Sängerinnen fallen für diese Verteilung mangels verfügbarer Mittel aus. Die Bewerber müssen die Künstlerlaufbahn zu ihrem Lebensberuf erwählt und ihre wirkliche Befähigung für diese bereits haben. Weiter sollen Unterstützungen gewährt werden auch an solche junge Männer, welche sich auf dem Gebiete des Kunsthandwerks durch hervorragende künstlerische Leistungen hervorgetan haben. Voraussetzung der Gewährung von derartigen Stipendien ist, daß die Bewerber in dürftigen Verhältnissen lebend, wirklich der Beihilfe benötigen, um ihr Talent nicht durch äußere Not verkümmern zu lassen. Weiter aber müssen sie a) Kinder Hallescher Bürger sein, b) das 18. Lebensjahr überschritten haben, c) durch mindestens ein- oder zweijährigen Besuch von Konservatorien, Hochschulen, Akademien oder ähnlichen Ausbildungsinstituten oder auch durch Unterricht bei Privatlehrern oder Privatlehrerinnen ihren Studien mit Erfolg obgelegen haben. Möglich sollen sie alle ihre Studien in Halle begonnen und Hallesche Institute 2 bis 3 Jahre zwecks ihrer Ausbildung besucht haben. Um dem Vorstande eine einheitliche gründliche Prüfung der eingehenden Gesuche zu ermöglichen, ist von jedem Bewerber zunächst ein Fragebogen auszufüllen, welcher im Bureau für Stiftungssachen, Kleine Steinstraße 8, 1 Treppe, Zimmer 22, unentgeltlich verabfolgt wird. Bewerbungen werden nur bis zum 31. d. M. entgegengenommen. Später eingehende Gesuche bleiben unberücksichtigt.

* **Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften,** welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Dienstag, dem 13., Mittwoch, dem 14., und Donnerstag, dem 15. August 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Himbeersirup abzuholen. Gefäße sind mitzubringen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

* **Warnung vor ungekochter Milch.** Mit Rücksicht auf einige Sonderfälle der Typhus-Verbreitung durch Milch wird hierdurch vor dem Genusse ungekochter Milch dringend gewarnt.

* **Aussichten der Kartoffelernte in der Elsteraue.** Die Entwicklung unserer Kartoffelfelder ist bei der außerordentlich fruchtbaren Witterung gleichartig fortgeschritten, so daß dieselben einen herrlichen Stand aufweisen. Das Ausheben frühzeitiger Kartoffeln hat schon länger begonnen. Bei der voraufgegangenen Trockenheit starb in leichterem Boden das Kraut frühzeitig ab und die Knollen reiften schneller; der Ertrag ließ daher hier zu wünschen übrig; besser ist er in schwererem Boden, der bei der Trockenheit länger Frucht hielt. Die Knollen haben hier ansehnliche Größe und auch die Qualität ist befriedigend. Die späteren Sorten haben reichlich Knollen angesetzt, die sich vortrefflich entwickeln und zu günstigen Aussichten berechtigen.

* **Felddiebstähle.** Durch berittene Polizeibeamte wurden zwei Frauen beim unbefugten Betreten eines noch nicht abgeernteten Roggenfeldes an der Sachsbergstraße und 4 Frauen und 3 jugendliche Personen auf einem Acker an der Dessauer Straße beim Aehrendiebstahl betroffen. Bei einer nächtlichen Streife wurden 2 Personen in den Pulverwerden beim Grasdiebstahl abgefaßt. — In der Dessauer Straße wurden eine Frau und deren Sohn beim Obstdiebstahl betroffen. Bei Feststellung ihrer Personalien bedienten sich beide falscher Namen.

* **Leichenlandung.** Ein hier in Stellung befindliches Mädchen wurde in der Nähe der Peißnitz als Leiche aus der Saale gezogen und nach dem Gertraudenfriedhof geschafft.

* **Aufgegriffen.** Ein 10jähriges Mädchen, das sich in der Nacht zum Montag in der Nähe des Walhallatheaters umhertrieb, wurde seinen Eltern zugeführt.

Hallesche Kriegsverluste.

Preußische Verlustliste Nr. 1206. Backe, Viktor, Fahnenjunker, 17. 12. gefallen. Böhme, Paul, 3. 7. l. verw. Buschel, Hans, 21. 3. l. verw. Foerster, Paul, 7. 11. schwer verw. Friedrich, Kurt, Vizefeldwebel, 31. 5. l. verw. Gasquiß, Karl, 2. 3. l. verw. Hanßen, Hermann, 7. 5. gefallen. Hoffmann, Alex, 29. 2. l. verw. Klette, Otto, Gefreiter, 1. 5. l. verw. Knote, Franz, 31. 8. l. verw. Köster, Franz, Gefreiter, 17. 9. l. verw. Lange, Otto, Uffz., 13. 7. schwer verw. Luhe, Arno, Gefreiter, 1. 3. schwer verw. Minuth, Wilhelm, 25. 9. gestorben a. f. W. Mollnau, Moritz, Feldwebel, 19. 6. l. verw. Rich, Eduard, Gefreiter, 11. 9. verw. Seidemann, Alb., Uffz., 8. 3. bisher verm. gemeldet, gefallen 20. 8. 17.

Preußische Verlustliste Nr. 1207. Gräfler, Hermann, Gefreiter, 4. 9. gestorben. Jäckel, Max, Gefreiter, 9. 6. l. verw. Kaller, Johannes, 12. 2. vermißt. Maigatter, Reinhold, 22. 2. l. verw. Seidel, Kurt, 19. 3. l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 1208. Braune, Eduard, 24. 2. vermißt. Friedrich, Willi, 4. 10. nicht gefallen, sondern gestorben a. f. W. Gerlach, Albert, 11. 8. bisher verm., im Lazarett. Gotthardt, Erdmann, 22. 7. l. verw. Gutsche, Willy, 30. 3., bisher schw. verw., gestorben. Sippach, Adelbert, 7. 2. l. verw. Spaether, Kurth (nicht Spantber, Kurt), 30. 10. verw. Wiedemann, Georg, 6. 4., bisher verm., in Gefangenschaft.

Preußische Verlustliste Nr. 1209. Burchardt, Max, Gefreiter, 25. 8. schwer verw. Koch, Arthur, 29. 10. l. verw. Schmidt, Walter, Uffz., 25. 2. schwer verw. Schnabel, Otto, 31. 8. vermißt. Schoeps, Wilhelm, 16. 7. gefallen. Schröder, Paul, 12. 10. l. verw. Seelig, Hans, 4. 8. l. verw. Siemund, Erich, 23. 8. gefallen. Stoedler, Hermann, 10. 3. l. verw. Steinweg, Kurt, 6. 11. l. verw. Stoeßner, Rudolf, Leutn. d. R., 5. 9. gefallen. Theis, Otto, 18. 1. l. verw. Thieme, Alfred, 7. 6. l. verw. Vörler, Albert, 12. 9. l. verw. Weber, Heinrich, 25. 6. l. verw. Wiehe, Erich, 2. 3. l. verw., bei der Tr. Wilfe, Paul, Uffz., 19. 8. l. verw. Winter, Hans, 19. 2. l. verw. Zobel, Hermann, Uffz., 26. 1. l. verw.

Kriegstagung der Hausbesitzer.

cr. Am Sonntag begannen in Dresden in Gegenwart von Vertretern der Reichsstellen, der sächsischen Staatsregierung und zahlreicher Stadtverwaltungen die Verhandlungen des 39. **Verbandstages des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands.** Den Hauptberatungsgegenstand bildet die

Hausbesitz- und Wohnungsfrage in der Uebergangszeit.

In seiner Begrüßungsansprache konnte es sich der Verbandsdirektor Justizrat Dr. Baumert (Spandau) nicht verlagen, **gegen die politischen Miesmacher,** die leider in erheblicher Anzahl auch im Reichstage vertreten seien, und die jeden kleinen Erfolg der Feinde gleich zu einem großen nationalen Unglück zu stempeln versuchten, vom Leder zu ziehen. Er sprach trotz der jüngsten Ereignisse an der Westfront die Hoffnung aus, daß es noch in diesem Jahre gelingen werde, die Gegner mit den Waffen zu Boden zu schlagen. — Geh. Regierungsrat Schinck (Berlin) teilte mit, daß die Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Reichsjustizamtes lebhaft bedauern, den Verhandlungen nicht selbst beiwohnen zu können, versicherte aber, daß die Reichsressorts, die am Wohnungswesen beteiligt sind, den Verhandlungen das größte Interesse entgegenbrächten. Der Baustillstand nach dem Kriege würden sich die größten Schwierigkeiten entgegenstellen. Es kämen da in erster Linie der Mangel an Baustoffen in Betracht und weiter die überaus hohen Baukosten, die sich erst allmählich wieder senken würden. Das ganze Wohnungsproblem könne ohne die private Baulustigkeit in befriedigender Weise nicht gelöst werden. (Lebh. Zustimmung.) Sehr richtig wäre es auch, wenn die Beratungen einen Fingerzeig dafür geben würden, wie ein Ausgleich zwischen den Mieten in den bereits bestehenden und den Mieten in den neu zu errichtenden Häusern, die sich zweifellos viel teurer stellen werden, herbeigeführt werden könne. — Namens des preußischen Staatskommissariats für das Wohnungswesen begrüßte Beigeordneter Brenzel (Berlin) den Verbandstag, als dessen Hauptaufgabe er es bezeichnete, auf dem weiten Gebiete des Wohnungsmarktes die richtige Grenze zu finden zwischen den Interessen der Produzenten und der Konsumenten.

Ministerialdirektor Dr. Koch betonte, daß sich auch die sächsische Regierung schon längere Zeit mit der Wohnungsfrage beschäftige. Als Anshauung der sächsischen Regierung dürfe er es bezeichnen, daß sie sich von Maßnahmen, die die berechtigten Interessen des soliden Grundbesitzes schädigen, keinen dauernden Vorteil für die Allgemeinheit versprehe. Danach nehme sie auch ihre Stellung ein. (Bravorufe.) Die sächsische Regierung werde den Verhandlungen ein geneigtes Ohr schenken. — Verbandsdirektor Dr. Baumert dankte der sächsischen Staatsregierung für diese freundlichen Worte; sie sei stets ein Freund des Grund- und Hausbesitzes gewesen. Oberbürgermeister Blüher (Dresden) versicherte den Hausbesitzern das Wohlwollen der Stadt Dresden und hoffte, daß die Vorträge und Aussprachen wertvolle Fingerzeige geben werden für die wichtigen Beschlüsse, die in den nächsten Monaten auf dem Bau- und Wohnungsgebiete zu fassen sein werden.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf

die Baulustigkeit nach dem Kriege.

Hierzu waren zwei Referate vorgesehen. Es sprach zunächst Geh. Regierungsrat Dr. Voigt, Prof. an der Universität Frankfurt a. M.; über **Baukosten und Wohnungspolitik.** Der Herr meinte, daß es auch auf dem Wohnungsmarkte Miesmacher gäbe. Zu Anfang des Krieges hätten sich sogar unsere Feldgrauen über die **angeblich** so schlechten Wohnungsverhältnisse in Deutschland lustig gemacht, weil es in den anderen Ländern in dieser Beziehung viel schlimmer aussähe. (!) In den vier Kriegsjahren hätten nun freilich die Verhältnisse ein anderes Gesicht angenommen. Indessen lägen die Verhältnisse bei weitem noch nicht so schlimm, wie es von gewisser Seite hingestellt werde. Uebrigens gäbe es ein sehr wirksames Mittel, einer Wohnungsnot vorzubeugen. **Hätten die Feldgrauen nun schon vier Jahre mit der Gründung eines eigenen Hausstandes warten müssen, so könnten sie auch noch länger warten, bis es wieder genug Wohnungen gäbe.** Man verspreche jetzt jedem Krieger ein eigenes Haus mit großem Garten, aber es werde sehr schwer halten, diese Versprechungen einzuhalten. Deshalb sollten solche Versprechungen erst gar nicht gemacht werden, weil sie im Falle ihrer Nichterfüllung nur Enttäuschung und Verbitterung hervorrufen müßten. — Durch die gegenwärtige außerordentliche Teuerung der Baumaterialien, Fuhr- und Arbeitslöhne habe die Baukostenfrage eine viel größere Bedeutung als schon im Frieden gewonnen. Es gäbe **drei Wege zur Verminderung der Baukosten:** 1. die Herabdrückung der übermäßigen Preise der Baumaterialien und Arbeitsleistungen, 2. durch Material aber Arbeit ersparende Baukonstruktion, 3. die Herabsetzung der baupolizeilichen Anforderungen an Gebäude und Wohnungen auf ein hygienisch zu rechtfertigenden Mindestmaß. Das erstrebte Ziel könne nicht auf einmal, sondern nur allmählich erreicht werden. Es sei daher mit einer Uebergangszeit von mehreren Jahren zu rechnen. Das Endziel müsse die Wiederherstellung eines freien Bau- und Wohnungsmarktes sein. **Eine völlige Wiederherstellung der vor dem Kriege geltenden Preisverhältnisse sei ausgeschlossen;** es müsse vielmehr mit einer **dauernden Erhöhung der Baukosten** gerechnet werden. Bis zur Erreichung des endgültigen Beharrungszustandes sei eine Uebergangswirtschaft von im voraus nicht bestimmbarer Dauer ins Auge zu fassen. Den höheren Baukosten müssen **höhere Mieten** entsprechen. Sollten die Mieten eine den jeweiligen Baukosten entsprechende Höhe haben, so würden sie in der Uebergangszeit eine fallende Staffel bilden müssen, deren einzelne Stufen noch erheblich größer als die der Baukosten sein müßten. Da eine solche Gestaltung der Mieten und eine auf sie begründete Baustützung praktisch unmöglich sei, sei eine **staatliche Baupolizei** eine unumgängliche Notwendigkeit. Diese habe nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen: Die Mieten werden nicht dem jeweiligen Stande der Baukosten, sondern dem endgültigen Stande dieser entsprechend bemessen. Die durch sie nicht gedeckten Kosten der Bauunternehmer sind durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu decken. Da eine verschiedene Bemessung der Miete von Wohnungen gleicher Größe und Güte in den neuerbauten und den schon jetzt vorhandenen Häusern undurchführbar sei, **treffe die Mieterhöhung auch die jetzigen Wohnungen.**

Ueber Vereinfachung und Verbilligung des Bauens

sprach Regierungsbaumeister Kleemann (Berlin). Nach seinen Ausführungen müsse Verbilligung und Vereinfachung des Bauens bereits bei der Erschließung des Baugeländes beginnen. Die Kosten für die Straßenherstellung müßten auf das notwendige Maß beschränkt werden, und bei der Aufteilung der Baublöcke müsse eine gesundheitlich einwandfreie und wirtschaftlich vorteilhafte Ausnutzung maßgebend sein. Hinsichtlich der Wohnhausformen müsse unter Wahrung der gesundheitlichen Anforderungen auf eine vorteilhafte Ausnutzung der zulässigen Gebäudehöhe Bedacht genommen werden. Raumverschwendung durch allzu große Geschoßhöhe sei zu vermeiden. Der Ausbau der Häuser und die Ausstattung der Wohnungen könnten vereinfacht und verbilligt werden durch eine Verwendung von Normalformen für Türen, Fenster, Oefen usw.

Gesetzliche Maßnahmen zur Förderung des Wohnungswesens.

Der Referent zu diesem Punkte, Universitätsprofessor und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Bredt (Marburg) hielt es, um das Wohnungswesen nach dem Kriege zu fördern, vor allen Dingen nötig, alle irgendwie entbehrlichen gesetzlichen, baupolizeilichen und steuerlichen Vorschriften, die die Herstellung von Wohnungen beeinträchtigen, nach Möglichkeit zu beseitigen. Da nach dem Kriege der Bau von Mietshäusern kaum möglich sein werde, so empfehle es sich, **den Kleinhausbau zu fördern.** Um dies schnell zu erreichen, empfahl der Redner gewisse Maßnahmen. Unter anderem sollte reichsgesetzlich vorgeschrieben werden, daß für Wohnräume keine größere lichte Höhe als 2½ Meter landesgesetzlich verlangt werden dürfe. **Die Grund- und Gebäudesteuern müßten in erträglichen Grenzen gehalten werden. (!)** Eine einseitige steuerliche Belastung des Haus- und Grundbesitzes zugunsten anderer Besteuerungsarten ist zu vermeiden. Außerdem forderte der Redner **die Aufhebung der Besitzwechselabgaben.**

Weiter sprachen Justizrat Dr. Baumert (Spandau) über

Kleinstedelungswesen und Kleinwohnungsbau,

sowie Geh. Justizrat Dr. Oertmann, Universitätsprofessor in Göttingen, über den

Gesetzentwurf über das Erbbaurecht.

Der letztere erklärte, daß der jetzt vorliegende Entwurf eines Reichsgesetzes über das Erbbaurecht im großen und ganzen als eine geeignete Grundlage angesehen werden könne. Das Erbbaurecht müsse aber in der Hauptsache beschränkt bleiben auf die Erstellung eigentlicher Kleinwohnungen.

Es folgte ein Vortrag des Generalsekretärs Düfte (Charlottenburg) über

den Grundkredit in der Uebergangswirtschaft.

Er verlangt u. a. besondere Sorgfalt für die Ausgestaltung des **nachstelligen** Grundkredits. Die Anstalten, die bisher im wesentlichen nur erste Hypotheken beleihen konnten, müßten unter gewissen Voraussetzungen ihre Beleihungstätigkeit auch auf nachstellige Hypotheken erstrecken können. Die **Bürgschaft der Städte** in Verbindung mit Selbstbilfeeinrichtungen des Hausbesitzes werde hierbei hauptsächlich in Frage kommen. Die zum Schutze des Hypothekenschuldners während des Krieges erlassenen gesetzlichen Vorschriften müßten auf eine gewisse Zeit nach dem Kriege ausgedehnt werden.

Endlich sprach noch Gemeindebevollmächtigter Humar (München) über

die Mieteinigungsämter.

Er forderte, daß Eingriffe der Militärbehörden in das Vertragsverhältnis zwischen Mieter und Vermieter unter allen Umständen vermieden werden. Das Recht auf Vertragskündigung und Mietsteigerung müsse auch während des Krieges dem Vermieter grundsätzlich zugestanden werden. Nur gegen ungerechtfertigte Kündigungen und gegen „übertriebene" Mietsteigerungen können gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. Eine allgemeine Verpflichtung des Vermieters, in jedem Falle einer Kündigung oder Steigerung die vorherige Genehmigung des Mieteinigungsamtes nachzuholen, führe zu unhaltbaren Zuständen. Die Zuständigkeit der Mieteinigungsämter müßte auf die abgeschlossenen Mietverträge beschränkt sein.. Für die Anwendung der Wiederherstellungsverordnung müßten nach dem Vorbilde der österreichischen Gesetzgebung bestimmte Richtlinien gesetzlich festgestellt werden. Danach soll die Kündigung zulässig sein, wenn der Vermieter die gekündigten Räume für sich benötigt, wenn ihm ein unverhältnismäßig großer Nachteil durch den Nichtauszug des Mieters entsteht, wenn der Mieter die Zahlung des fälligen Mietzinses verweigert oder nach Lage seiner wirtschaftlichen Verhältnisse zu leisten nicht imstande ist (!), wenn der Mieter bei Benutzung der Wohnung gegen gesetzliche oder polizeiliche Bestimmungen verstößt usw., eine Steigerung des Mietzinses soll zulässig sein, wenn die Steigerung nur in einen bereits vor dem Kriege erzielten Mietzins erreicht, die Steigerung nur in dem Verhältnis erfolgt, in dem die eigenen Unkosten des Vermieters seit Beginn des Krieges gestiegen sind, die Steigerung notwendig ist, um die Unkosten des Hauses einschließlich einer angemessenen (!) Verzinsung des vom Vermieter in dem Hause angelegten Kapitals zu decken. Die Mieteinigungsämter sollten nach Ansicht des Redners auch befugt sein, auf Antrag des Vermieters **schwebende Mietverträge aufzuheben, wenn der vertraglich vereinbarte Mietzins den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entspricht. (!!)**

Derselbe Redner forderte auch **Baubeihilfen für die Uebergangszeit.** Die durch die Kriegssteuerung entstehenden **Mehrkosten** sei **Gerichtung von Wohnhäusern** in der Uebergangszeit seien durch Reich, Staat und Gemeinden durch je ein Drittel zu decken.

Am Montag werden die Berichte zur Debatte und Beschlußfassung gestellt werden.

Aus der Geschichte des Luftverkehrs.

Jetzt, wo mitten im Kriege die Pläne zur Schaffung bestimmter Verkehrslinien durch Flugzeuge nur so aus dem Boden schießen und zum Teil sogar zur Ausführung gelangen, ist es ein fesselndes Unternehmen, in der Geschichte des letzten Jahrhunderts den Schöpfungen der Einbildungskraft und den darauf begründeten Versuchen nachzuspüren, die auf ähnliche Unternehmungen abzielten. Darüber gibt ein anregender Aufsatz von W. Riemann in der Wochenschrift Umschau Auskunft. Man kann so recht daraus lernen, wie der menschliche Gedanke die Errungenschaften einer viel späteren Zeit vorwegzunehmen vermag. Besonders zeitgemäß wirkt die Erinnerung an den Ingenieur Campenas, der um die Wende zum 19. Jahrhundert Napoleon den Vorschlag machte, mit einem großen Luftballon nach England hinüberzufahren, London und andere englische Seestädte durch Brandbomben einzuäschern und so den Erzfeind zur Kapitulation zu zwingen. Der Erfinder gedachte, in 24 Stunden die Reise von Paris nach London und zurück zu machen, und der Vorteil seines Angebots läßt darauf schließen, daß er Napoleon selbst zur Teilnahme an der Fahrt einzuladen gedachte. Auch verstieg sich seine Kühnheit bereits zu dem Plane einer regelmäßigen Luftschiffahrt, von der er allein die Wiederherstellung völliger Handelsfreiheit und einen allgemeinen Völkerfrieden erwartete. Später begannen die Pläne, wie es ja auch heute noch zu geschehen pflegt, in der Regel mit der Gründung einer Gesellschaft. Eine führende Persönlichkeit auf diesem Gebiet wurde Graf Lennox, der zuerst 1834 in Paris eine Gesellschaft für Luftschiffahrt gründete, der später in London eine Europäische Aeronautische Gesellschaft folgte. Jetzt sollten schon alle bedeutenden Hauptstädte Europas durch Luftschiffahrtslinien verbunden werden. Das Werkzeug dazu war für damalige Verhältnisse groß genug erdacht, aber unendlich kindlich berührt uns heute die Meinung, daß das damalige Luftschiff durch eine Luftpumpe zum Steigen und Fallen gebracht und sonst mit einem durch eine einfache Kurbel bewegten Ruder gelenkt werden sollte. Der Versuch des ersten Auftriebs wurde denn auch ein solches Fiasko, daß die zuschauende Menge aus Aerger den ganzen Ballon in Stücke riß. Zehn Jahre später taucht schon der Gedanke an den Betrieb eines Luftschiffs mit Schrauben auf. Ganz merkwürdig ist auch ein Vorschlag von 1859, eine Bergbahn auf den Rigi mit einem Ballon zu betreiben, der als Lokomotive dienen sollte. Weit bescheidener macht sich daneben ein für Paris bestimmter Entwurf, einen Ballon an einem Drahtseil gleichsam als Stadtbahn zu gebrauchen. Die Gondel sollte 250 Menschen in vier Sitzreihen übereinander befördern. Der Deutsche Ferdinand Steinmann schlug, was wieder gerade heute sonderbar zeitgemäß anmutet, vor, in Teuerungsjahren Getreide aus Südrußland in zwei Tagen mit Luftschiffen einzuführen, aber auch er dachte schon an einen Luftkrieg mit Geschützen, Bomben und Brandern. Einen gewissen Erfolg erzielte zum erstenmal der Franzose Giffard mit einem Lenkballon, der Luftschrauben und einen Dampfmotor besaß, und schon 1842 nahm der Engländer Henson das erste Patent auf ein Flugzeug von zwar recht ansehnlichen Ausmaßen, aber mit einer Dampfmaschine von nur 20 Pferdestärken. Auch diese Erfindung wurde nie ausgeübt.

Vermischtes.

Die Wanderung des Schwarzspechts. Ein junger Schwarzspecht (Dryocopus martius) kann bereits im ersten Lebensjahr eine Reise von 520 Kilometer Luftlinie nach Nordwesten unternehmen. Bei einem Stand- oder Strichvogel ist diese Leistung ganz auffallend. Den Grund zu einer so weiten Wanderung sucht nach dem Zentralblatt für das gesamte Forstwesen Forstmeister Curt Loos darin, daß die alten Spechte in dem von ihnen beherrschten Gebiet die Jungen nicht mehr dulden. Die Suche nach einem Männchen kann nicht die Veranlassung zur Wanderung bei in jenem Fall beobachteten Weibchens gewesen sein, da die Männchen gewöhnlich an Zahl überwiegen. Eher könnte das Weibchen die Reise mit einem Männchen gemeinschaftlich unternommen haben und so in die weit entlegenen Forste der Stadt Rheine i. Westf. gekommen sein, wo der Schwarzspecht in den früheren Jahren überhaupt nicht vorgekommen ist und man ihn erst seit etwa 10 Jahren vereinzelt vorfindet, seit einigen Jahren aber auch als Brutvogel bestätigen konnte. Haben sich junge Schwarzspechte erst einmal in einer Gegend angesiedelt und ein Brutrevier in Besitz genommen, so behaupten sie es gäh und verlassen es nur gezwungen, z. B. im Winter infolge Nahrungsmangels bei hohem Schnee, um später wieder dahin zurückzukehren.

Bargeldloser Zahlungsverkehr. Ich bin jüngst auf einen Kirschkern getreten (in Berlin auf einen Kirschkern! Den muß ein Auswärtiger verloren haben) und hingefallen. Schlug mit dem Kopfe an eine Litfaßsäule, und als ich die Stelle besah, hing da ein Plakat: Pflegt den bargeldlosen Zahlungsverkehr! Man wird mir also nachfühlen können, daß ich mich für das Problem interessiere.

Offen gesagt: ich halte nicht viel davon. In der Theorie mag die Sache nicht schlecht aussehen, aber in der Praxis? Ich stütze mich auf Erfahrung, habe die Fälle erlebt. Mein Onkel in Hamsterbach z. B. hat mir jüngst eine Tabelle gezeigt, auf der stand: 1 Liter Petroleum ist ½ Pfund Butter; 1 Paar Stiefel sind 10 Pfund Mehl; 1 Anzug ist ein Schinken usw. Mein Onkel sagt, das System bewähre sich, und es ist ihm zu glauben; er wiegt 290 Pfund. Das große Aber ergibt sich von selbst. Da ich kein Petroleum habe, kann ich mir keine Butter kaufen, und ein Paar Stiefel tun mir so not wie 10 Pfund Mehl . . .

Der zweite Fall. Mein Freund Stepke war ein prinzipieller Vertreter des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Er pumpte, und als sein Kredit auf die Aussichtslosigkeit allbeutscher Kriegsziele herabgesunken war, klaute er. Er wurde verkannt. Anstatt als Bahnbrecher edlerer Zahlungsmittel gewürdigt zu werden, wurde er eingesperrt. Sitzt heute noch.

Wie gesagt, ich halte die Sache nach allen Seiten für aussichtslos. Es müßte denn gerade sein, daß ich das Plakat trotz der engen Berührung noch nicht richtig verstanden habe. Was sich entschuldigen läßt, wenn man eben auf den Kopf gefallen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180813-18/fragment/page=0006